

Montag, 11. Februar 2013

Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsidentin Elita Florin-Caluori
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 118 Mitglieder entschuldigt: Bezzola (Samedan), Menghini
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache

Standespräsidentin Florin-Caluori: Meine Eröffnungsrede heute steht unter dem Titel „Wie viel Bildung braucht die Wirtschaft?“. „Céleste – ein französisches Wort, welches himmlisch bedeutet. Der Begriff hat für uns die Bedeutung von Vollkommenheit und sollte unseren Kunden das Gefühl geben, sich wie im siebten Himmel zu fühlen.“ Dieser Produktebeschrieb wurde für einen speziellen Bademantel kreiert. Oder FragranceDream: Unsere Überlegungen bezüglich Firmennamen gingen rund um das Thema Schlaf. Unser Name FragranceDream widerspiegelt perfekt unser Produkt. Übersetzt bedeutet unser Name duftender Traum, was eine ziemlich treffende Umschreibung unseres Produktes ist.“ Diese Aussagen stammen von Mini-Unternehmen des Yes-Projektes der Handelsmittelschule in Chur, welche vielleicht auch Ihnen bereits ihr Produkt angepriesen haben.

Geschätzte Damen und Herren, ich darf eine solche Klasse der Handelsmittelschule in Chur heute herzlich auf der Tribüne begrüssen. Herzlich willkommen.

Young Enterprise Switzerland, genannt Yes-Projekt entwickelt und vertreibt Wirtschaftsbildungsprogramme für Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen. Die Programme sind handlungsorientiert und praxisbezogen. Die Programme kommen im Klassenzimmer und ausserhalb der Schule zum Einsatz. Die Schülerinnen und Schüler gründen ein Mini-Unternehmen und verkaufen wie ein Unternehmen ihr Produkt. Zum Yes-Projekt gibt es ein Nachfolgeprojekt auf dem Level Businessplan Wettbewerb, welches an der HTW in Chur durchgeführt wird. Dieser Praxisbezug Bildung und Wirtschaft hat grossen Erfolg.

Ein zweites Beispiel betrifft die Nachwuchsförderung bei Ingenieuren: Helveticrobot nimmt seit Jahren an der RoboCup Junior Weltmeisterschaft teil. Während Robotik in Deutschland an vielen Schulen als Freifach angeboten wird, ist dies in der Schweiz nach wie vor kaum der Fall. Bisher beschränkte sich die Tätigkeit von Helveticrobot zur Nachwuchsförderung im Ingenieurbereich auf die Bündner Kantonsschule. Auch dieses Jahr konnte der 24 Stunden-Wettbewerb an der Bündner Kantonsschule durchgeführt werden und manch ein Team profitierte bei der Lösung ihrer Probleme von den Ratschlä-

gen erfahrener Programmierer. Zu diesem technischen Projekt gibt es auch die Vorstufe First Lego-League, welches für Kinder von sieben bis 14 Jahren angeboten wird.

Oder wissen Sie, was vom 2. bis 7. Juli 2013 in Leipzig stattfindet? Bei der Berufsweltmeisterschaft ringen die besten Nachwuchskräfte unter 23 Jahren in 45 offiziellen Disziplinen um die Medaillen. Über 1'000 Wettkämpfer machen die WorldSkills Leipzig 2013 zum grössten internationalen Berufswettbewerb aller Zeiten. Graubünden ist mit einem Polymechaniker und einem Elektroinstallateur vertreten. In Leipzig erwartet die Besucher ein Fest der beruflichen Bildung. Für unsere Bündner Jugendlichen ist es eine einzigartige Möglichkeit, sich mit Berufskolleginnen und Berufskollegen aus anderen Ländern zu messen.

Mit all diesen Beispielen will ich aufzeigen, dass Bildung und Wirtschaft durch verschiedene Aktivitäten intensiv miteinander verknüpft sind. Diese Verknüpfung ist bedeutend. Ist die Bildung aber mit der Wirtschaft genügend verknüpft? Genügend bewusst verknüpft? Ich bin der Meinung, dass bei jedem Ausbildungsabschnitt genau überprüft werden muss, welche Kompetenzen für die nächste Ausbildungsphase gelehrt werden müssen.

Die Grundausbildung basiert auf den Grundwerten von Kopf, Herz und Hand. In jedem weiteren Schulabschnitt ist es aber unabdingbar, dass die Kompetenzen klar und deutlich auf die Berufszukunft unserer Jugend ausgerichtet werden müssen. Unsere Jugend soll berufliche Zukunftsperspektiven haben, die Wirtschaft ihre bedarfsgerechten Kräfte. Diesbezüglich setze ich grosse Hoffnungen in den neuen Lehrplan 21, welcher Mitte 2013 in die öffentliche Vernehmlassung gehen wird und ab Herbst 2014 bereit zur Einführung sein soll.

Dabei müssen auch die Anliegen zur Stärkung der MINT, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, in der Ausgestaltung der Lehrpläne genügend berücksichtigt werden. Die gesellschaftliche Entwicklung und der heutige Wohlstand in der Schweiz hängen zu einem grossen Teil mit den Leistungen in Technik und Naturwissenschaft zusammen. Voraussetzung dazu ist, dass wir für Kinder jeden Alters einen spannenden Zugang in die vielseitige und faszinierende Welt von MINT ermöglichen und damit die Generation von Morgen für die Zukunft vorbereiten.

Geschätzte Damen und Herren, Bildung und Wirtschaft sind verknüpft. Es stellt sich nur immer wieder die Frage, ob dies einfach so geschieht oder ob wir einen starken Bildungsstandort Graubünden haben wollen, welcher mit klaren Kompetenzen unsere Jugend zur Wirtschaft, zur bedarfsgerechten Berufswelt hinführt. Diesbezüglich bin ich überzeugt, dass wir viel mehr Potenzial haben. Fehlt uns nicht eine gezielte zusammenhängende Strategie für die Stärkung der Wirtschaft und die Förderung unserer Bildungsinstitute mit den geforderten Ausbildungswegen sowie die benötigten Kompetenzen für die Zubringerschulen? So gilt z.B. die HTW Chur als Jobmotor im Kanton. HTW-Absolventinnen und -absolventen sind gefragte Fachleute in unserem Kanton und die HTW ist für uns hoch rentabel. Die HTW Chur nimmt national und international Wissen auf und gibt dieses an Graubünden ab. Der Kanton Graubünden beteiligt sich dazu mit zirka 30 Prozent der Kosten, die anderen zirka 70 Prozent werden von der HTW, dem Bund und den anderen Kantonen finanziert und insgesamt führt die HTW zu einer volkswirtschaftlichen positiven Bilanz für den Kanton Graubünden.

Die laufende Ausrichtung von Ausbildungsangeboten an den aktuellen und künftigen Erfordernissen des Arbeitsmarktes ist von strategischer Bedeutung. Wenn wir über die Kantonsgrenze schauen, so können wir feststellen, dass der Kanton Wallis für sein Campus-Zentrum in den nächsten zehn Jahren Investitionen von 335 Millionen Franken tätigt und somit eine einzigartige Plattform der Zusammenarbeit entsteht. Auch in den Kantonen Zürich und St. Gallen sind grosse Investitionen diesbezüglich zu verfolgen. Wo steht unser Kanton? Ich frage Sie: Muss der Kanton Graubünden nicht eine aktive Rolle bezüglich Wirtschaftsförderung, Bildung und Forschung übernehmen? Wollen wir nicht in bestimmten formulierten Branchen die Besten sein?, so wie unsere jungen Berufsleute es uns vorzeigen oder wie Sie vielleicht wissen, die Gewerbliche Berufsschule Chur den Qualitätslabel mit Committed to Excellence erhalten hat? Geschätzte Damen und Herren, die Zeit dafür ist auch für den Kanton Graubünden reif und aktuell.

Wir werden mit dem Lehrplan 21 konfrontiert. Das Gesetz über Hochschulen und Forschung haben wir beschlossen und jetzt gilt es, dies zukunftsweisend umzusetzen. Wir werden das Gesetz über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Graubünden beraten, mit welchem gute Voraussetzungen für die Wirtschaftsförderung und Bildung vor allem im Bereich der Hochschulen mit den dringend benötigten Ausbildungsgängen im Ingenieurbereich gesetzt werden können. Wir wollen und müssen etwas für die Wirtschaftsförderung bewirken. Dazu braucht es eine klare Verknüpfung der gesamten Ressourcen unseres Kantons, eine klare Strategie mit Verknüpfung von Bildung, Forschung und Wirtschaft. Auf Bundesebene wurden bereits solche Ressourcen gebündelt.

Am 1. Januar 2013 wurde das Volkswirtschaftsdepartement zum Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung. Im neuen Departement vereint werden das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation, der ETH-Bereich und das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie.

Ich komme zum Schluss. Wissen und Fachkräfte für die Wirtschaft vor Ort, für Graubünden, sind gefragt. Damit stärken wir unseren Kanton, damit stärken wir unsere Wirtschaft, damit stärken wir unseren Bildungs-, Hochschul- und Forschungsstandort Graubünden. Somit erkläre ich die Session als eröffnet.

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen/Stellvertreter

Standespräsidentin Florin-Caluori: Wir kommen zur Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter. Ich bitte die betreffenden Personen nach vorne zu kommen und ich bitte Sie im Saal und die Gäste auf der Tribüne sich von den Sitzen zu erheben. Sie können den Eid oder das Gelübde ablegen gemäss Art. 7 Abs. 1 GGO. Ich lese Ihnen die Formel vor. Die Formel des Eides lautet: „Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rates schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“ Die Formel des Gelübdes lautet: „Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rates geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“ Ich bitte Sie, entweder die Schwurfinger zu erheben oder zu geloben

Ratsmitglieder: „Ich schwöre es. Ich gelobe es“.

Standespräsidentin Florin-Caluori: Ich danke Ihnen. Sie können sich setzen.

Totenehrungen

Standespräsidentin Florin-Caluori: Wir kommen zu den Totenehrungen. Am 6. November 2012 ist Otto Largiadèr im Alter von 86 Jahren gestorben. Er wurde am 3. Januar 1926 in Pontresina geboren, wo er aufwuchs und die Primarschule besuchte. Anschliessend erwarb er die Matura an der Kantonsschule Chur und begann das Studium der Volkswirtschaften in Zürich und Bern. 1948 brach er das Studium ab, nachdem er zum Kurdirektor von Pontresina gewählt wurde. Otto Largiadèr war verheiratet und hatte zwei Söhne. Seine politische Laufbahn begann dann anfangs der 60-er Jahre als Gemeindepräsident von Pontresina. Zur selben Zeit, 1961, wurde Otto Largiadèr von der Bevölkerung des Kreises Oberengadin in den Grossen Rat gewählt, in welchem er bis 1974 Einsitz nahm. 1973/74 amtierte er als Standespräsident. Von 1975 bis 1986 bekleidete Otto Largiadèr das Amt eines Regierungsrates. Er stand seine gesamte Regierungszeit dem Erziehungs- und Sanitätsdepartement vor. 1979 und 1984 war er Regierungspräsident. Nach dem Ausscheiden aus der Regierung kehrte er nach Pontresina zurück, wo er sich wiederum als Gemeindepräsident engagierte. Otto Largiadèr war ein Mann, der die Sorgen und Anliegen der Bevölkerung immer ernst nahm, die an ihn herangetragen wurden. Aufgrund seiner vielseitigen,

unermüdlichen Arbeit, seiner Einsatzfreude und seiner Sachkenntnisse, genoss der Verstorbene bei Volk und Behörden, Wertschätzung und Sympathie. Er wird uns stets in guter Erinnerung bleiben. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sowie die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. Ich danke Ihnen.

Im Alter von 84 Jahren, ist am 8. November 2012 Erich Gruber gestorben. Am 22. Februar 1928 in Pontresina geboren, besuchte er dort die Primar- und Sekundarschule, bevor er die Kantonsschule in Chur absolvierte. 1947 kehrte Erich Gruber als diplomierter Kaufmann nach Pontresina zurück und patentierte 1949 zum Bündner Skilehrer. Dies brachte ihm zwei Jahre später den Posten des Leiters der Schweizer Skischule Pontresina ein. Er war verheiratet und hatte drei Kinder. 1966 wurde Erich Gruber zum Gemeindepräsidenten von Pontresina gewählt. Ein Amt das er 23 Jahre lange, bis 1989, führte. 1979 wurde er in den Grossen Rat gewählt. Dort vertrat er die Bevölkerung des Kreises Oberengadin bis 1994. Erich Gruber war Zeit seines Lebens ein leidenschaftlicher Jäger und Skifahrer. Der Verstorbene stellte sein Wissen in vielfältiger Weise der Öffentlichkeit zur Verfügung. Sein unermüdlicher Einsatz für die Allgemeinheit, trug ihm viel Anerkennung und Wertschätzung bei Volk und Behörden ein. Seine menschlichen und fachlichen Qualitäten, sowie seine Verdienste um Gemeinde, Region und Kanton, werden uns stets in guter Erinnerung bleiben. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sowie die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu Ehren des Verstorbenen, von den Sitzen zu erheben. Ich danke Ihnen.

Wir fahren fort in der Traktandenliste und kommen zum Geschäft Kantonale Volksinitiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“. Dieses Geschäft beraten wir wie folgt: Zuerst beraten wir das Eintreten, dann die Detailberatung. In der Detailberatung beraten wir zuerst die Initiative. Die finden Sie auf dem Protokoll, II. Detailberatung, 2. den Antrag der Kommissionsmehrheit und -minderheit. Dann auf demselben Blatt, drittens den Antrag Gegenvorschlag der Kommission und Regierung. Zu diesem Geschäft erteile ich dem Kommissionspräsidenten Grossrat Parolini das Wort.

Kantonale Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» (Botschaften Heft Nr. 13/2012-2013, S. 857)

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Parolini; Kommissionspräsident: Die Vorberatungskommission zur Behandlung der kantonalen Volksinitiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ hat sich während zwei Sitzungen am 17.1. und am 7.2. intensiv

mit der Initiative und dem Gegenvorschlag auseinandergesetzt. Die Initiative wurde am 19.10.2011 in Form einer allgemeinen Anregung abgefasst und eingereicht. Deren Inhalt ist in die Kantonsverfassung als ein klares Bekenntnis gegen Kohlekraftwerke aufzunehmen. Insbesondere soll damit gewährleistet werden, dass der Kanton im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten dafür sorgt, dass Unternehmen mit Beteiligung des Kantons keine Investitionen in Kohlekraftwerke tätigen. Diese Initiative richtet sich gemäss Aussagen der Initianten insbesondere gegen die zwei geplanten Kohlekraftwerke der Repower AG in Brunsbüttel in Deutschland und Saline Joniche in Italien, aber auch gegen alle künftigen Investitionen in Kohlekraftwerke von Unternehmen mit Kantonsbeteiligung. Die Repower, bei welcher der Kanton Graubünden als Hauptaktionär eine Beteiligung von 46 Prozent hielt und zur Zeit vorübergehend sogar 58,3 Prozent hat, soll nach Darstellung der Initianten die aktivste Promotorin von Kohlekraft in der Schweiz sein. Die zwei erwähnten Projekte der Repower für Kohlekraftwerke würden gemäss Initianten das 14-fache der gesamten CO₂-Emissionen des Kantons Graubünden ausstossen. Damit werde die kantonale Energiepolitik zur Makulatur und sie verliere jegliche Glaubwürdigkeit. Die Regierung sei in der Verantwortung, auch weil der Kanton sechs von elf Verwaltungsräten stelle.

Die Regierung stellte fest, dass die Initiative zustande gekommen sei. Es wurden innert Jahresfrist 4366 gültige Unterschriften, also mehr als die benötigten 4000 Unterschriften, gesammelt. Die Initiative wurde auf ihre Gültigkeit geprüft, dabei darf sie auch nicht in offensichtlichem Widerspruch zu übergeordnetem Recht stehen. Die Prüfung ergab, dass die vorliegende Volksinitiative gültig sei. In der Kommission wurde, vor allem auch, auf die Bedeutung der Repower als Unternehmung des Kantons hingewiesen. Repower ist die einzige grosse Energiegesellschaft der Schweiz, die ihren Hauptsitz und den grössten Teil ihrer Aktivitäten in einem Bergkanton hat. Damit ist sichergestellt, dass ein erheblicher Teil der Wertschöpfung aus der Nutzung der natürlichen Ressourcen Graubündens, nicht in den Zentren des Mittelandes, sondern in Graubünden selber anfällt. Repower hat in den letzten sechs Jahren, durchschnittlich gegen 50 Millionen Franken pro Jahr im Kanton investiert und rund 30 Millionen Franken widerkehrende Steuerabgaben und Dividenden überwiesen. Zudem bietet Repower im Kanton Graubünden, rund 480, vorwiegend hochqualifizierten Mitarbeitenden, eine Beschäftigung. Zu einem wesentlichen Teil in strukturschwachen Gebieten. Denken wir dabei vor allem an das Puschlav, Teile des Prätigaus und an die Surselva. Gegen 140 dieser Arbeitsplätze, sind direkt von den internationalen Aktivitäten von Repower abhängig. Das Unternehmen bildet auch rund 30 Lernende in neun verschiedenen Berufen aus. Obwohl Repower erst im Jahre 2011 noch zusätzliche Arbeitsstellen schuf, mussten wir leider die letzten Wochen lesen, dass sie wiederum einige Arbeitsplätze abbauen müssen und somit dem Trend anderer grosser Elektrizitätsunternehmungen folgen. Trotzdem ist und soll die Repower auch ein wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftspartner in Graubünden bleiben.

Repower will sich noch mehr als starkes, unabhängiges und im Kanton Graubünden verankertes Energieversorgungsunternehmen positionieren. Dazu muss sie über eine starke Heimbasis im Kanton verfügen, ihre Rolle im Schweizer Markt noch stärken, ihre Auslandaktivitäten in definierten Schlüsselmärkten ausbauen und insbesondere auch ihr internationales Handelsgeschäft weiterentwickeln können. In ihren Schlüsselmärkten Schweiz, Italien, Deutschland und Rumänien will sie auf der ganzen Wertschöpfungskette tätig sein. Das heisst in der Produktion, im Vertrieb und im Handel. Diese vertikale Integration ist strategisch sehr wichtig und bezweckt vor allem eine natürliche Risikoabsicherung. Dieses Geschäftsmodell hat sich auch in schwierigen Zeiten sehr gut bewährt.

Ein Problem der Repower ist aber, dass sie zurzeit zwei Drittel vom vertriebenen Strom nicht selber produziert. Das Ziel ist es deshalb, den Produktionsanteil zu erhöhen. Der angestrebte Ausbau von Produktionskapazitäten geschieht technologisch sehr differenziert. Wasser, Wärmekraftkoppelung, Pumpspeicher, Kohle und Wind. Die Grundmittel und Spitzenlast werden in den einzelnen Ländern, entsprechend der vorhandenen Möglichkeiten, vor Ort entwickelt. Die Langfriststrategie der EU, sieht eine Erhöhung der erneuerbaren Energien, eine Reduktion der konventionell thermischen Kraftwerke und auch eine Reduktion des CO₂-Ausstausches vor. Um diese Strategie zu fahren, braucht es aber einen forcierten Technologiewandel, hin zu den erneuerbaren Energien. Die Umsetzung braucht Zeit. Es zeichnet sich ab, dass es für die nächsten Jahre und Jahrzehnte noch nicht möglich sein wird, auf eine neue Generation verschiedener nicht erneuerbarer Energieträger zu verzichten. Obwohl Repower seine Beteiligung am Kohlekraftwerk Brunsbüttel, wegen verändertem politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, buchhalterisch im Frühjahr 2012 abgeschlossen und sich aus dem Projekt zurückgezogen hat, entspricht dies gar nicht einer Trendwende in Deutschland, weg von neuen Kohlekraftwerken. Im Gegenteil, Deutschland erlebt einen grossen Aufschwung bezüglich neuer Kohlekraftwerke. Momentan sind 15 Kohlekraftwerke in Planung oder bereits in Bau. Diese neuen Kohlekraftwerke in Deutschland, aber auch in anderen europäischen und auch asiatischen Ländern und auch auf anderen Kontinenten, werden einfach ohne Schweizer Beteiligung gebaut. Aber sie werden gebaut. Der Umbau der Energieversorgung in Richtung erneuerbare Energien und leistungsfähigere Stromnetze, benötigt in Deutschland, das hier, zusammen mit der Schweiz, eine Vorreiterrolle eingenommen hat, wie gesagt mehr Zeit. Eine einseitige Fokussierung und Kritik an den Ausstoss von Treibhausgasen bei der Stromproduktion greift viel zu kurz. Und vor allem gilt es zu beachten, dass es sinnvoller wäre, neue hocheffiziente thermische Anlagen zu bauen, anstatt die alten noch länger in Betrieb zu halten, die einen weit höheren Ausstoss an Treibhausgasen aufweisen, als die anderen Generationen. Als die neue Generation. Und wie sieht es in Italien aus? In Italien ist die Abhängigkeit von Gas mit 48 Prozent der Gesamtenergie sehr gross. Gefolgt von 15 Prozent Kohle und 15 Prozent Wasserkraft. Diese Abhängigkeit der Gaslieferanten von Osteuropa und teils

aus arabischen Ländern ist politisch und wirtschaftlich nicht sehr erwünscht. Die Strompreise in Italien sind nicht zuletzt deshalb sehr hoch, d.h. zirka 20 bis 30 Prozent höher als im europäischen Durchschnitt. Die Repower beliefert bereits Kunden in Italien und hat auch einzelne Produktionsanlagen. So ein Gaskombikraftwerk in Teverola und Windparks in Basiliata, Sizilien und Apulien.

Zusammen mit anderen Partnern entwickelt Repower seit einigen Jahren in Saline Joniche, in der Region Calabrien ein Projekt für den Bau eines Kohlekraftwerkes. Die Repower strebt eine ihrem Grundlastbedarf angepasste Beteiligung am zu realisierenden Werk an. Es ist ein modernes Kohlekraftwerk, das den CO₂-Ausstoss gegenüber herkömmlichen Werten um 30 Prozent reduziert und mit den strengen EU-Umweltvorschriften in Einklang steht. Die Emissionen sind um mehr als die Hälfte tiefer als die gesetzlich erlaubten Werte. Es handelt sich um eine hochmoderne so genannte Wirbelschicht Feuerungsanlage mit einem Wirkungsgrad von über 45 Prozent. Der Transport von der Steinkohle vom Schiff in das Werk erfolgt in vollständig geschlossenen Systemen. Das Werk ist auf CO₂-Abscheidungssysteme vorbereitet, wenn die einmal technologisch so weit sind und die Beimischung von Biomasse aus lokaler Produktion soll möglich sein. Das Projekt nutzt eine grosse Industriebrache. Es würden neue Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden. Repower hat bereits zweistellige Millionenbeträge in dieses Projekt investiert. Das Präsidium des Ministerrates der Republik Italien hat mit Entscheidung vom 15. Juni 2012 die Umweltverträglichkeit für das Projekt Kohlekraftwerk Saline Joniche gestützt auf eine vorausgegangene, umfassende Gesamtinteressensabwägung bejaht. Gegen das erwähnte Dekret für das Kohlekraftwerk Saline Joniche hat die Region Kalabrien Ende September 2012 Rekurs eingereicht, so dass der Ausgang des Verfahrens und damit auch die Realisierungswahrscheinlichkeit des Werkes weiterhin offen bleibt. Repower hat sich bisher und wird sich auch weiterhin strikt an die gesetzlichen Bestimmungen und verfahrensrechtlichen Abläufe in Italien halten, wie sich der CEO der Repower, Kurt Bobst, der Kommission gegenüber geäussert hat. Sie hat auch nie mit kriminellen Organisationen zusammengearbeitet und der Staatsanwalt der Anti-Mafia-Behörde, Herr Grateri, hat sich wie folgt zitieren lassen: „Es besteht kein Verdacht, dass Repower in etwas Illegales verwickelt sein könnte.“

Ob es realisiert werden kann, dieses Kohlekraftwerk, hängt nun von der weiteren Entwicklung des Genehmigungsverfahrens sowie vom energiepolitischen Umfeld in Italien ab. Speziell betonen möchte ich nun die Informationen, die die Kommission bezüglich der Reduktion der Beteiligung der Repower an der Betriebsgesellschaft für das Kohlekraftwerk Saline Joniche erhalten hat. Bei Erteilung der Baubewilligung wird die Repower ihre bisherige Beteiligung am Projekt von 57,5 Prozent auf 20 Prozent reduzieren. Diese Information, die wir vom Departement vor unserer ersten Sitzung erhalten haben, hat uns der CEO der Repower bestätigt. Der Name des Käufers des entsprechenden Anteils kann er noch nicht mitteilen aber der Vertrag dazu stehe. Und dieser würde bei Vorliegen der Baubewilligung vollzogen. Die Repo-

wer wäre somit bereits während des Baus nur mehr mit einem Fünftel am Kohlekraftwerk beteiligt und nicht mehr die Mehrheitsbeteiligte. In diesem Zusammenhang ist auch klar gesagt worden, das Werk wird, wenn es alle Bewilligungen in Italien erhält, gebaut. Mit oder ohne Beteiligung von Repower. Repower spielt dabei nicht die entscheidende Rolle.

Eine weitere wichtige Aussage hat zu grossen Diskussionen in der Kommission geführt. Es gibt seit 1999 einen Aktionärsbindungsvertrag zwischen den drei damaligen Hauptaktionären, die 92 Prozent der Aktien halten. Das heisst der Kanton Graubünden mit 46 Prozent, Alpiq mit 24,6 und Axpo mit 21,4 Prozent Aktienanteilen. Nach dem beschlossenen und in diesem Jahr zu vollziehenden Aktienverkauf von Alpiq haben der Kanton vorübergehend 58,3 Prozent und die Axpo 33,7 Prozent Aktienanteile. Wir müssen uns nun bewusst sein, dass bei Annahme der Initiative die Axpo alleine entscheiden könnte, ob sie 92 Prozent Repoweraktien erwerben möchte. Gemäss dem erwähnten Aktionärsbindungsvertrag zwischen Axpo, Alpiq und dem Kanton Graubünden müssen nämlich alle strategischen Geschäftsentscheide gemeinsam und einstimmig gefällt werden. Darunter würde auch ein allfälliger Ausstieg aus einem Projekt fallen. Falls eine Vertragspartei am Projekt Saline Joniche festhalten will, müsste der Kanton bei Annahme der Initiative seine Repower-Aktien verkaufen. Und dies vermutlich noch unter einem gewissen Zeit- und Preisdruck. Stellen Sie sich dieses Szenario vor. Die Unternehmung Repower, die für die Umsetzung der Energiepolitik Graubündens ein wichtiger Partner des Kantons ist, würde plötzlich weder mit 46 noch mit 58,3 Prozent Aktienanteil dem Kanton gehören sondern mit 0,0 Prozent. Dieses Szenario könnte eintreffen, je nachdem welche Strategie die Axpo einschlagen würde. Es kann durchaus sein, dass die Axpo eine in Graubünden verwurzelte Unternehmung enger an sich binden möchte, nicht zuletzt im Hinblick auf die anstehenden Heimfälle und eine allfällige Strategie der Diversifizierung.

Wegen diesen zwei wichtigen Informationen, dem Aktionärsbindungsvertrag und der massiven Reduktion der Beteiligung der Repower an das Kraftwerk Saline Joniche auf 20 Prozent, hat die Kommission mit Regierungsrat Mario Cavigelli darüber diskutiert, ob es nicht sinnvoll wäre, die Initianten zu einem Rückzug der Initiative zu bewegen und dafür im Gegenzug zu sorgen, dass die Regierung in ihrer Eignerstrategie die Stossrichtung des Gegenvorschlags aufnehme. Das heisst, die Regierung würde in ihrer Eignerstrategie festlegen, dass Unternehmen mit Beteiligung des Kantons keine neuen Investitionen in Kohlekraftwerke tätigen dürfen. Der grosse Vorteil dieses Vorgehens wäre der, dass keine solche Bestimmung in die Kantonsverfassung integriert würde, denn an sich sind solche Formulierungen in der Kantonsverfassung fehl am Platz. Die Eignerstrategie wäre für die Regierung verbindlich und könnte sich auch auf die Personalpolitik bezüglich künftiger Wahlen der Verwaltungsräte für die Unternehmung Folgen haben. Die Initiative müsste aber zurückgezogen werden, damit der Kanton nicht das Risiko eingehen würde, alle Repower-Aktien der Axpo verkaufen zu müssen. Kommissionsmitglied Johannes Pfenninger als einer der Erstunter-

zeichner der Initiative hat sich ebenfalls bereit erklärt, seine Mitinitianten für das gemeinsame Gespräch aufzufordern und auszuloten, ob ein Rückzug der Initiative unter diesen Umständen nicht möglich wäre. Die intensiv geführten Verhandlungen verliefen bedauerlicherweise ohne konkrete Resultate. Die Kommission trat deshalb an einer zweiten Sitzung zur abschliessenden Beschlussfassung nochmals zusammen und den Beschluss der Kommission, den ersehen Sie aus dem Protokoll, demnach beantragt die Kommission grossmehrheitlich, die kantonale Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen, hingegen beantragt die Kommission einstimmig mit Zustimmung auch der Regierung auf den Gegenvorschlag, der ergänzt wurde und präzisiert wurde, zur Annahme zu empfehlen. Auf die Vor- und Nachteile des Gegenvorschlags und der Initiative können wir dann im Rahmen der Detailberatung diskutieren. Eintreten war nicht umstritten und ich hoffe, dass der Grosse Rat unserem Antrag auf Eintreten folgt.

Della Vedova: Als ich vor einiger Zeit begonnen habe, mich mit der heutigen Thematik auseinanderzusetzen und mich als Mitglied der Kommission des Grossen Rates, die sich mit der Initiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ beschäftigt, zur Verfügung gestellt habe, wusste ich, dass es für mich eine äusserst komplexe Thematik sein würde. Es ging nicht nur darum, Aspekte der Realisierung des thermischen Kraftwerks an sich zu berücksichtigen. Es ging auch nicht nur um den sakrosankten Schutz der Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung. Als Gemeindepräsident von Poschiavo ging es mir auch darum, meine Position als Vorsteher eben dieser Gemeinden darzulegen. Einer Gemeinde, in der Repower ein internationales Unternehmen mit Tätigkeiten in der Produktion, im Handel und im Vertrieb von Strom, wie sie auch in Italien ihren Sitz hat. Während den Sitzungen der vorberatenden Kommission des Grossen Rates hat Regierungsrat Mario Cavigelli sofort klar gemacht, dass eine Annahme der Initiative durch das Stimmvolk für den Kanton Graubünden katastrophale Auswirkungen haben würde. Dieser könnte bei einem Ja gezwungen werden, sein Repoweraktienpaket abzutreten. Dies aufgrund eines Aktionärsbindungsvertrags zwischen den Hauptaktionären, der festlegt, dass Entscheidungen der Einstimmigkeit bedürfen. Einstimmig beschlossen wurde auch die Investition ins Projekt Saline Joniche. Weshalb diese Entscheidung auch nur einstimmig rückgängig gemacht werden kann. Diese Erkenntnis hat mir als Gemeindepräsident und Einwohner von Poschiavo einen Schauer über den Rücken gejagt. Es wurde mir schlagartig klar, was für ein unglaublicher Verlust es für den Kanton Graubünden sein würde, wenn das Schicksal von Repower künftig in den Händen von nicht bündnerischen Aktionären liegen würde. Und vor allem welche reale Gefahr und unkalkulierbaren Schaden dies für die Gemeinde Poschiavo bedeuten würden.

Als Regierungsrat Cavigelli auf die technischen Aspekte des thermischen Kraftwerks Saline Joniche einging, legte sich meine Beunruhigung allmählich. Es handelt sich, wie bereits gesagt um ein hoch modernes Kohlekraftwerk, dessen Emissionen weniger als die Hälfte der strengen italienischen Gesetzeslimiten betragen. Die

zumindest teilweise restriktiver als diejenigen der Schweiz sind. Es besteht keine Gefahr für die Gesundheit der einheimischen Bevölkerung oder für die Umwelt. Ausserdem wird Repower die CO₂-Emissionen im Rahmen der EU-Richtlinien zu 100 Prozent kompensieren. Das Kraftwerk Saline Joniche wird Italien helfen, seine Abhängigkeit vom sehr teuren Energieträger Gas zu verringern. Heute produziert Italien fast die Hälfte seines Strombedarfs mit Gas. Nicht zuletzt wissen wir, dass Repower auch in Italien, wo sie über 40'000 Unternehmen mit Strom und Gas beliefert, einen sehr guten Ruf hat. Diese wissenschaftlichen, technischen und umweltschützerischen Fakten rund um das Projekt Saline Joniche sind beruhigend. Beunruhigend sind hingegen die negativen Folgen einer allfälligen Annahme der Initiative für meine Gemeinde. Als Vorsteher der Exekutive einer Gemeinde, die zu einer Randregion gehört und in Sachen erneuerbare Energien viel beizutragen hat, habe ich an die Grossratsdiskussion zur Energiestrategie unseres Kantons vom letzten August zurückgedacht. Vielleicht haben wir uns damals der Illusion hingegeben, im Kanton eine wichtige Rolle spielen zu können. Nun werden wir uns bewusst, dass eine Annahme der Initiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ die wirtschaftliche Zukunft und die Bildungsmöglichkeiten unserer jungen Generation gefährden würden.

Cari amici provenienti dalla Calabria, mi rivolgo a voi con la lingua che ci accomuna anche se apparteniamo a due Stati indipendenti. Lo faccio come rappresentante di una regione periferica, la Valle di Poschiavo, lontana dai centri del potere così come lo è Saline Joniche. Probabilmente quanto vi sto per dire non vi sembrerà politicamente corretto, ma per qualche minuto mi sia consentito di dare libero sfogo ai sentimenti. In qualità di Podestà del piccolo comune di Poschiavo voglio esprimere tutta la mia preoccupazione per l'incombere di forti minacce, reali e non presunte, come quella di perdere quello che, oltre al resto, è anche un simbolo per i Grigioni. Repower è come una mamma per noi abitanti della Valposchiavo: dà lavoro e garantisce l'esistenza a più di 200 famiglie solo nel mio piccolo Comune, che conta circa 3'500 anime. Rappresenta inoltre il più grosso e importante contribuente per l'erario pubblico, oltre che essere sostenitore di svariate attività ludiche, culturali e sportive a favore della gente locale. Questi ultimi aspetti vanno ben oltre il mero valore materiale quindi sono certo capirete la nostra riluttanza nel pensare di doverli perdere per sempre. Forse ciò non accadrebbe nell'immediato, ma senza il fondamentale ruolo politico del Cantone quale garante, con il tempo questa diventerebbe una triste e per noi drammatica realtà. Per scongiurare questo serve che voi, cari amici calabresi, abbiate fiducia e vi convinciate che la società con sede a Poschiavo è una ditta seria. La mia coscienza mi impedirebbe di dire questo solo per mere questioni materiali e di opportunità. D'altronde voglio credere che non sia un caso se il progetto di Saline Joniche sia stato approvato dal Governo italiano tramite il decreto di valutazione dell'impatto ambientale con firma del Presidente del Consiglio Mario Monti.

Zum Schluss liebe Gäste aus Kalabrien möchte ich noch einmal betonen wie viel uns als Randregionen verbindet.

Wir müssen den zentralistischen Tendenzen täglich die Stirn bieten, um uns eine Zukunft zu sichern. Für Regionen wie uns geschieht dies auch durch die Bereitschaft, im Energiebereich grosse Werke zu realisieren. In diesem Zusammenhang möchte ich das ehrgeizige Projekt Lago Bianco erwähnen, an dem Repower im Puschlav arbeitet. Während der Bauphase wird die Bevölkerung einiges in Kauf nehmen müssen. Aber das Wissen darum, dass es sich um ein Projekt handelt, das kommenden Generationen Zukunftsperspektiven eröffnet, bestärkt sie, daran zu glauben. Ich erlaube mir bei allem Respekt zu behaupten, dass auch das Projekt Saline Joniche Zukunftsperspektiven eröffnen wird. In unserer Situation ist die wirklich wichtige Frage ganz pragmatisch und frei von jeglicher Ideologie folgende. Welches sind die Alternativen, uns Randregionen eine Zukunft zu sichern? Vergessen wir für einen Moment die schönfärberischen Rezepte vieler Umweltschützer. Sie sind in Anbetracht der Dynamiken, die unsere Erde regieren ebenso faszinierend wie leider auch von fragwürdiger Wirksamkeit. Wahre Nachhaltigkeit gründet auf dem Bewusstsein, um die eigene Rolle und die Konsequenzen des eigenen Handelns. Ein Handeln, das der Umweltschutz mit dem Wohlstand jedes einzelnen vereinen muss, um eine würdige Existenz zu sichern. Wir alle wissen, dass dies das Prinzip ist, das Repower in all ihren Projekten motiviert und inspiriert, sei es in der Schweiz oder im Ausland. Seien wir also bedacht darauf, dass sich diese Angelegenheit nicht in einen reinen Kampf zwischen benachteiligten Randregionen verwandelt. Ein Kampf, der sich in einem Klima der Konfrontation einzig auf ideologische Argumente stützt, die so einwandfrei wie sie sein mögen, in Tat und Wahrheit das Problem nicht an der Wurzel lösen. Starre und fundamentalistische Positionen bringen das Risiko mit sich, dass einmal mehr auf Kosten der Schwächsten eine irrealer Idealvorstellung verfolgt wird. Aus diesem Grund beantrage ich dem Parlament, die Initiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ abzulehnen und stattdessen den Gegenvorschlag anzunehmen. Dieser berücksichtigt alle Positionen angemessen. Die Hoffnungen vieler Einwohner von Saline Joniche, die Erwartungen der Umweltschützer, die Anliegen eines wichtigen und seriösen Unternehmens wie Repower, die auch in Italien sehr aktiv ist und schliesslich diejenigen der kleinen Gemeinde Poschiavo, deren Präsident ich sein darf. Und vor allem können wir sicherstellen, dass der Kanton Graubünden seine Beteiligung an Repower behalten kann. Nur so setzen wir die vitalen Interessen in Bezug auf die eigene aktive Bündner Energiepolitik nicht leichtsinnig aufs Spiel.

Casutt Renatus: Die momentane Energiepolitik oder besser gesagt Energieproblematik ist so komplex, dass es alle Beteiligten aufs Höchste herausfordert. Hier nur ein paar Beispiele von den Herausforderungen der nächsten Jahre. Der beschlossene Atomausstieg gibt viel zu denken. Subventionierung von erneuerbarer Energie und die Konsequenzen. Produktionskosten, Produktionsstandorte und die benötigten Transportleitungen. Aktuelle Preise, zukünftige Preise, neue Technologien, Umweltschutz, CO₂-Abgaben. Meine Damen und Herren, wir behandeln heute hier im Grossen Rat eine Initiative gegen Kohle-

kraft. Gleichzeitig wird in China ein neues Kohlekraftwerk in Betrieb genommen. Und was mich persönlich noch mehr zu denken gibt, ist Folgendes: Mit Kohlekraft werden in China massenweise billige Solarprodukte produziert und exportiert, auch in die Schweiz. Das sind die echten Probleme, die nicht einfach zu lösen sind. Das sind nur ein paar wenige Probleme, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen werden. Bis solche und weitere Fragen von Fachexperten nicht beantwortet werden können, sollte sich die Politik nur beschränkt und vor allem nur dort, wo es auch sinnvoll ist, in diese Geschäfte einmischen. Das ist der Grund, dass die Vorbereitungskommission den Gegenvorschlag der Regierung mit zusätzlichem Text ergänzt hat. Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, lehnen Sie die Volksinitiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ ab und unterstützen Sie den von der Vorbereitungskommission ergänzten Gegenvorschlag der Regierung.

Heiz: Jetzt steht es also fest. Das Bündner Volk wird im September eine völlig unnötige Abstimmung durchführen müssen über eine Initiative, die von Anfang an falsch war und spätestens nach Bekanntgabe vom letzten 17. Januar hätte zurückgezogen werden können oder müssen. Was wurde an diesem Tag an Neuem bekannt? Erstens: Seitens Repower, dass Verträge unterschrieben wurden, wonach die Gesellschaft noch vor Baubeginn ihren Anteil am Projekt Saline Joniche auf nur 20 Prozent reduzieren wird. Das heisst, dass das geplante Kraftwerk, falls alle Bewilligungen vorliegen und die wirtschaftliche Beurteilung noch immer positiv ausfällt mit oder ohne Repower gebaut wird. Die Initiative hat also auf die Realisierung des Vorhabens keinen Einfluss und bringt der Umwelt überhaupt nichts. Zweitens hat an diesem Tag Regierungsrat Cavigelli in der vorbereitenden Kommission in aller Klarheit dargelegt, welche Risiken eine Annahme der Initiative für den Kanton bringen würde. Aufgrund des Aktionärsbindungsvertrags zwischen dem Kanton und Axpo könnte je nach Beschlüssen betreffend Kohlekraftwerk der Kanton Graubünden dazu gezwungen werden, seine gesamte Beteiligung an Repower zu veräussern, eine Entwicklung, die selbst die Initianten nicht wollen. Zugegeben, das konnten sie am Anfang nicht wissen. Nach diesen Änderungen in der Ausgangslage hätte man aber erwarten dürfen, dass die Vernunft obsiegt und eine Verhandlungslösung erreicht wird, nämlich ein Rückzug der Initiative und als Gegenleistung seitens der Regierung eine Verpflichtung im Sinne des ursprünglichen Gegenvorschlags. Dass die Initianten sich nicht dazu durchringen konnten und die Verhandlungen platzen liessen, ist zwar bedauerlich, leider aber nicht ganz unerwartet. Wir kennen dieses Muster. Mit einer Verhandlungsdelegation oder wenigstens mit einer Mehrheit davon findet man oft noch einen Kompromiss. Er wird dann aber bei den Organisationen nicht durchgesetzt aus Angst vor Widerstand seitens ihrer Basis, wo nur die harte Linie Unterstützung findet. Es geht dann also nicht mehr um die Sache, sondern nur noch um Gesichtswahrung. Stures Verharren auf überholte Positionen ist aber kein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche.

Nun ist die Situation wie sie ist und wir müssen über unsere Empfehlungen betreffend Initiative und Gegenvorschlag entscheiden. Über die Initiative will ich nicht viele Worte verlieren. Sie war schon immer falsch und wurde nach den schon erwähnten Entwicklungen geradezu unsinnig. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag von Kommissionsmehrheit und Regierung, nämlich die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen zu folgen.

Nun zum Gegenvorschlag. Absolut oberstes Ziel ist es, die Initiative abzulehnen. Warum, hat Kommissionspräsident Parolini schon dargelegt und Regierungsrat Cavigelli wird sicher nochmals detailliert darauf eingehen. Ohne Gegenvorschlag sind die Erfolgchancen der Initiative wahrscheinlich beträchtlich, mit Gegenvorschlag bedeutend geringer. Deshalb ist es wichtig, dass das Volk auch über den Gegenvorschlag abstimmen kann. Der ursprüngliche Gegenvorschlag ist aber für viele Mitglieder dieses Rates schwer verdaulich. Insbesondere wegen des nach wie vor bestehenden Technologieverbots. Die Ergänzung des Gegenvorschlags hingegen schwächt das Technologieverbot stark ab und bildet damit einen für alle, meinen wir, akzeptablen Kompromiss, der nochmals helfen kann, das oberste Ziel, nämlich die Ablehnung der Initiative zu erreichen. Anerkennend ist zu vermerken, wie auch schon erwähnt, dass auch der Vertreter der Initianten in der vorbereitenden Kommission den Gegenvorschlag unterstützt. Deshalb bitte ich Sie, die Anträge a und b von Kommission und Regierung, nämlich die Ergänzung und die Annahme des Gegenvorschlags zu unterstützen.

Casutt-Derungs Silvia: Die vorliegende Initiative, welche in Form einer allgemeinen Anregung gehalten ist, verlangt einerseits den unmittelbaren Ausstieg von Repower aus dem Projekt Saline Joniche, andererseits dass der Kanton aber gleichzeitig Repower-Aktionär bleiben wird. Zwei klare Vorgaben, die klar und einfach verständlich sind. Einfach verständlich auch für den Stimmbürger. Dass die Folgen einer Annahme der Initiative allerdings alles andere als einfach wären, ist wahrscheinlich schwieriger zu kommunizieren. Die Folgen wären in der Tat gravierend und zwar insbesondere für den Kanton Graubünden und für die Repower. Ich halte mich in Anbetracht der bereits gemachten Ausführungen kurz. Warum aber erachte ich, dass die Folgen der Initiative oder einer Annahme der Initiative gravierende Auswirkungen auf den Kanton und Repower hätten? Der Kanton als Grossaktionär ist am Aktionärsbindungsvertrag gebunden und in eine Aktionärsgruppe eingebunden, welche zusammen 92 Prozent der Repower-Aktien vertritt. Strategische Geschäftsentscheide müssen gemeinsam und einstimmig gefällt werden. Diese Tatsache könnte nun bei Annahme der Initiative zur Folge haben, dass der Kanton seine Beteiligung an Repower verkaufen müsste. Für Graubünden hätte dies schwerwiegende elektrowirtschaftliche, volkswirtschaftliche und finanzielle Nachteile zur Folge. Die Initiative riskiert unnötigerweise den Abbau von Arbeitsplätzen in den verschiedenen Standorten in Graubünden und den Verlust von viel Knowhow im Kanton Graubünden. Eine nachträgliche politische Einflussnahme auf ein börsenkotiertes und dem Aktienrecht unterstehendes Unterneh-

men hätte eine massive Schwächung der unternehmerischen Glaubwürdigkeit zur Folge, was die Position von Repower in allen Märkten und Ländern, in denen Repower tätig ist, schwächen würde.

Es geht hier um Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und des Vertrauensschutzes. Es ist keine Frage, dass eine Annahme der Initiative eine Schwächung des Wirtschaftskantons Graubünden als Ganzes zur Folge hätte. All diese Nachteile werden in Kauf genommen, ohne dass Saline Joniche definitiv verhindert werden kann. Die Errichtung von Saline Joniche hängt nicht einzig von Repower ab. Saline Joniche wäre ein Kohlekraftwerk der neusten Technologie. Die Anlage würde ihren CO₂-Ausstoss gemäss den geltenden europäischen Regeln zu 100 Prozent kompensieren müssen. Jede Tonne CO₂ müsste demnach an einem anderen Ort kompensiert werden. Repower kann Zertifikate bei Unternehmen einkaufen, die bei ihren Investitionen den CO₂-Ausstoss reduzieren. In der Gesamtbilanz bringt die Realisierung von Saline Joniche wegen den EU-Vorschriften somit keine Erhöhung des CO₂-Ausstosses. Mit dem Gegenvorschlag der Regierung werden die gesellschaftlichen Ansprüche, wonach Kohlekraftwerke aufgrund ihres CO₂-Ausstosses gemäss heutiger Technologie abgelehnt werden, berücksichtigt. Künftig sollen Unternehmen mit kantonaler Beteiligung keine Investitionen in Kohlekraftwerke machen können. Laufende Projekte jedoch sollen weiter verfolgt werden. Damit soll der Kanton seine Anteile an Repower behalten.

Und dies ist ein zweiter Punkt der Initiative. Repower soll als bündnerisch geprägtes von Mittellandskantonen und Grosskonzernen unabhängiges Stromunternehmen erhalten bleiben. Der Gegenvorschlag ermöglicht einen gut überlegten Ausstieg aus der Kohlekraft in Berücksichtigung auch der Bündner Strompolitik gemäss Strombericht 2012. Der Gegenvorschlag ermöglicht künftige Investitionen in Kohlekraftwerke aber nur dann, und dies ist ganz wesentlich, wenn der technologische Fortschritt der CO₂-Ausstoss wesentlich reduziert werden kann. Und wir werden in der Detailberatung über das Wort „wesentlich“ bestimmt mehr hören.

Fazit: Die Initiative ist ein Spiel mit dem Feuer. Mit emotionalen, ideologischen Aussagen will das Initiativkomitee diese Initiative beim Stimmvolk durchbringen. Sie suggeriert, damit könnte Saline Joniche verhindert werden, verkennt andererseits, dass die Initiative einzig und alleine die Repower und den Kanton Graubünden wirtschaftlich einschneidend schwächen würde. Der Gegenvorschlag anerkennt wichtige Anliegen der Initianten, berücksichtigt allerdings wesentliche unerwünschte Auswirkungen, welche die Initiative ausser Acht lässt. Auch ich bitte, dem Gegenvorschlag zuzustimmen und damit die Repower im Kanton Graubünden zu sichern und nicht unnötig zu schwächen. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

Pfenninger: Ich möchte mich vorweg einmal für meine schlechte Stimme entschuldigen, ich hoffe Sie bekommen mein Votum trotzdem mit. Nun es wurde bereits viel über die Kohlekrafttechnologie an sich und die Motivation der Initianten gesagt und ich muss einfach festhalten vieles, was dazu gesagt wurde, das sind nicht

die Tatsachen, als die sie hier dargelegt wurden, sondern es sind Einschätzungen und Meinungen und die sind legitim, aber man sollte aufpassen, wenn man das als Tatsachen hinstellt. Seit 2008 habe ich hier in diesem Rat regelmässig Stellung bezogen zu Investitionen in Kohlekraftwerke. Zuerst stand Brunsbüttel im Vordergrund, nun nachdem dieses Projekt gestorben ist und Repower die entsprechenden Abschreiber vornehmen musste, steht noch Saline Joniche zur Diskussion. Zur Problematik der Investition in Kohlekraftwerke habe ich also immer wieder ausführlich Stellung genommen. Ich möchte hier nur stichwortartig fünf Punkte wiederholen, ohne auf die Details einzugehen. Und ich setzte auch voraus, dass der Zusammenhang zwischen CO₂-Ausstoss und Klimaveränderung allgemein bekannt sein sollte.

Nun also diese fünf Punkte, die mir im Zentrum zu stehen scheinen. Erstens: Saline Joniche würde circa sechs Mal so viel CO₂ freisetzen wie aktuell der gesamte Bündner Ausstoss und damit auch ein krasser Widerspruch zu den selber formulierten Zielen im Energiegesetz des Kantons darstellen. Zweitens: In der Produktion und dem Transport der Kohle, gemäss den allgemeinen Regeln des Weltmarktes, besteht eine grosse soziale und gesundheitliche Problematik bei der betroffenen Bevölkerung. Drittens: Die Ablehnung der Kohlekraftwerke in den Parlamenten der Region Kalabrien, sollte auch für Graubünden ein Fingerzeig sein. Viertens: Es ist in letzter Zeit ein enormer Reputationsschaden für die Unternehmung Repower entstanden und die wirklich geniale Marke Purepower, da hat man eigentlich nur noch ein müdes Lächeln übrig. Ich finde das wirklich sehr, sehr schade. Hier hat man wirklich grosse Chancen verspielt. Und fünftens: Die grosse Unsicherheit bezüglich der Entwicklung auf dem Elektrizitätsmarkt und der enormen Kapitalbindung bei circa 40 Betriebsjahren spricht klar gegen die Realisierung eines Kohlekraftwerkes. Selbstverständlich, allen gemachten Aussagen bezüglich der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Repower oder überhaupt der Wasserkraft in unserem Kanton, kann ich beipflichten, ist keine Frage, aber man kann sich natürlich trotzdem wirklich fragen, ob es Sache des Kantons Graubünden ist im Rahmen seiner Mehrheitsbeteiligung oder allenfalls auch nur als Hauptaktionär in Südtalien, in ein höchst umstrittenes Projekt involviert zu sein. Und dazu noch in ein Projekt, das ausser Ärger und Aufwand nichts bringt, da es vermutlich gar nie gebaut wird.

Die Regierung hat sich sehr lange den Argumenten der Initianten und den Argumenten und Bedenken der Kohlekraftgegner verschlossen. Sich nun aber unter dem Druck der Initiative doch deutlich bewegt, was sicher sehr positiv zu vermerken ist, was aber doch nicht zur vollen Zufriedenheit der Initianten ausgefallen ist.

Nun vielleicht noch einige grundsätzliche Gedanken zur Initiative an sich. Es ist natürlich eine Materie, die eigentlich nicht auf Verfassungsstufe geregelt werden sollte und in dem Sinne nicht verfassungswürdig ist. Da sind wir uns wahrscheinlich alle einig. Nachdem die Initianten aber mit den anderen zur Verfügung stehenden Instrumenten, parlamentarische, ausserparlamentarische auf taube Ohren gestossen sind und alle zuständigen Organe sich auch nur einer ansatzweisen Neuorientierung verweigert haben, war es wohl so etwas wie das

letzte Mittel sich Gehör zu verschaffen. Die Initiative ist als allgemeine Anregung für einen Verfassungstext bewusst sehr offen formuliert. Dies lässt natürlich auch verschiedene Interpretationen zu. Wie die Regierung selber schreibt war und ist es keineswegs die Absicht der Initianten, damit einen Rückzug des Kantons als Hauptaktionär zu provozieren oder zu verlangen. Ob dies nun, wie es mit dem Aktionärsbindungsvertrag scheinbar der Fall sein könnte, tatsächlich zu einem Verkauf der Bündner Beteiligung kommen müsste, erachte ich nach wie vor als im extremsten Fall zwar theoretisch möglich aber praktisch doch sehr unwahrscheinlich. Auch der Gegenvorschlag ist als allgemeine Anregung formuliert. Immerhin nimmt die Regierung viele der kritischen Positionen zur Kohleenergie auf und will sich dafür einsetzen, dass es keine neuen Investitionen in Kohlekraftwerke geben soll. Das ist sicher positiv zu werten, schade ist, dass sie nicht noch einen Schritt weiter gegangen ist und auch Saline Joniche grundsätzlich ablehnt. Mit dem durch die Kommission ergänzten Gegenvorschlag wird mindestens die CO₂-Problematik voll anerkannt und es soll nicht einfach ein Technologieverbot erlassen werden. In absehbarer Zeit ist zwar nicht mit einer entsprechenden marktfähigen Technologie für die CO₂-Abscheidung zu rechnen. Was in ferner Zukunft einmal möglich und vielleicht sogar sinnvoll ist, können wir heute aber noch nicht abschätzen, weshalb ich die Ergänzung des Gegenvorschlages durch die Kommission unterstützt habe. Es bleibt aber, grundsätzlich sollten wir das tun, was wir tun können, um diese CO₂-Emissionen zu minimieren und das ist klar, wir können die Probleme des Welthandels und die Probleme, die in China und anderen Schwellenländern bestehen, nicht lösen. Aber wir können das tun, was wir hier tun können.

Es ist zuzugeben, auf ein einfaches Anliegen, nämlich keine Investitionen in Kohlekraftwerke ist in der Zwischenzeit ein hoch komplexes Thema geworden. Wir haben in der Zwischenzeit die Übernahme des Alpiq-Anteils von Axpo und Kanton Graubünden je zur Hälfte. Wir haben aber auch eine ungefähre Zielstruktur von Repower, aber noch keinen dritten Partner. Wir haben den vorher nicht bekannt gewesenen Aktionärsbindungsvertrag. Wir haben die börsenrechtlichen Rahmenbedingungen der Übernahmekommission, wir haben die Reduktion des Anteils von Repower an Saline Joniche ab Baubeginn auf 20 Prozent sowie eine 100 Prozent-Kompensation der CO₂-Emissionen am Projekt Saline Joniche. Etwas erstaunt hat mich, dass die Frage des Aktionärsbindungsvertrages im Botschaftstext nicht enthalten ist, nun aber zu einem wesentlichen Element der Diskussion geworden ist. Das ist sicher nicht angenehm für die ganze Diskussion um die Kohlekraft und Repower. Wir haben unter grossem Zeitdruck in vielen Diskussionen zwischen Regierung, Kommissionsvertretern und den Initianten sehr ernsthaft versucht, eine Lösung zu finden, die all diesen Aspekten in irgend einer Form Rechnung trägt und einen Rückzug der Initiative ermöglicht hätte. Ich habe mich auch persönlich stark für eine solche Lösung eingesetzt. Leider hat es dann schlussendlich nicht geklappt und so haben wir heute über die Initiative und den Gegenvorschlag zu befinden. Ich persönlich stimme also sowohl der Initiative wie

auch dem Gegenvorschlag zu. Ich gehe davon aus, dass dies so auch bei der Abstimmung im September dann möglich ist.

Geisseler: Ich möchte mithelfen Sie, geschätzte Damen und Herren, zu überzeugen, dass die Initiative abgelehnt und die Überweisung des Gegenvorschlages die richtige politische Antwort ist. Ein Technologieverbot, wie es die Initiative vorsieht, muss mit aller Deutlichkeit abgelehnt werden. Eine Einschränkung, wie im Gegenvorschlag aufgenommen, ist vertretbar. Ich begründe das ganz kurz, fokussiere mich nur auf den Punkt der Technologie, da schon vieles gesagt wurde. In meiner Funktion als Präsident des GEVAG und Betreiber der KVA in Trimis muss ich bestätigen: Die KVA von 1976 war aus heutiger Sicht tatsächlich eine Dreckschleuder. Aber die damaligen gesetzlichen Vorgaben waren eingehalten, die KVA war mit der dann zumal besten Technologie erstellt worden. Zwischenzeitlich wurde die Gesetzgebung der Luftreinhaltung geschaffen und die Höchstgrenzen der auszustossenden Schadstoffe festgelegt. Aber auch die Technologie wurde mit grossem Erfolg vorangetrieben. Heute darf ich stolz festhalten, die KVA ist dank dem technologischen Fortschritt eine saubere Anlage, unterschreitet die gesetzlichen Grenzwerte um ein x-faches. Diese Erfolgsstory könnte ich nicht erzählen, wäre jemand in den Jahren 1970 oder 1980 auf die Idee gekommen ein Technologieverbot zu verordnen. Auch hier gilt doch, der Staat hat die Leitplanken zu setzen, die Wirtschaft hat sich danach zu richten und die Spielregeln einzuhalten.

Wenn die einstimmige Kommission und Regierung im Gegenvorschlag eine Teileinschränkung vorschlagen, so ist das ein politischer Kompromiss. Einerseits kommt man dem Anliegen der Initiative entgegen. Der CO₂-Ausstoss ist tatsächlich ein Problem, das angegangen werden muss. Andererseits haben die Ingenieure klare Vorgaben für die weitere Entwicklung der Technik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Initiative schneiden wir uns den Energieast ab auf dem wir sitzen. Der Gegenvorschlag schädigt uns als Kanton, der weiterhin erfolgreich Energiepolitik machen will in keiner Art und Weise. Verbieten wir also nicht das, was nicht nötig ist. Ich bin für Eintreten, gegen die Initiative und für den Gegenvorschlag.

Standespräsidentin Florin-Caluori: Das Wort ist offen für weitere Mitglieder der Kommission. Es wird nicht gewünscht. Das Wort ist offen. Allgemeine Diskussion. Grossrat Pult, Sie haben das Wort.

Pult: Wir haben jetzt von den Gegnern dieser Initiative sehr grosse Ängste, ein Lamento gehört, was alles Schlimmes passieren könnte bei einer Annahme. Und trotz der Verwirrung, die jetzt besteht wegen dieses ominösen und bis vor kurzem unbekanntem Aktionärsbindungsvertrages, ein Vertrag der offensichtlich einem unternehmensstrategischen Korsett für den Mehrheitsaktionär entspricht, dürfen wir, glaube ich, in dieser Debatte nicht vergessen, dass die Situation politisch eigentlich sehr einfach und klar ist. Aus Sicht der Initiantinnen und Initianten haben die Bündnerinnen und Bündner nach

der, aus unserer Sicht, eher peinlichen Vorgeschichte des Kohleengagements von Repower und der jahrelangen Weigerung der Regierung und des Grossen Rates dagegen aktiv zu werden, nun dank eben dieser Initiative die Möglichkeit und wir meinen auch das Recht an der Urne die Beteiligung Graubündens an der schädlichen Kohlekraft zu stoppen. Die Initiative hat nur ein Ziel: Repower soll nicht in die CO₂-Schleuder Kohlekraft investieren dürfen. Weder heute noch morgen. Weder in Saline Joniche noch sonst irgendwo. Klar nicht Ziel der Initiative ist der Verkauf der Repower, im Gegenteil. Angesichts dieses einfachen und eigentlich klaren Initiativanliegens ist es weder verständlich noch eigentlich akzeptabel, dass jetzt mit allen Mitteln versucht wird und mit neuen Grundlagen, die man nicht kannte, davon abzulenken, dass es um diese Frage geht bei der Initiative. Nun, dass es nicht möglich sein soll einem Unternehmen, das mehrheitlich unserem Kanton gehört, vorzuschreiben aus dem Kohleprojekt in Saline Joniche auszusteigen, ist aus Sicht der Demokratie nicht haltbar. Denn wenn der Eigner, der Mehrheitseigner, die Bündnerinnen und Bündner zum Kohleausstieg Ja sagen, hat sich Repower daran zu halten. Punkt. Alles andere ist aus meiner Sicht eine Entwürdigung der Demokratie. Aktionsbindungsverträge, die man nicht mal in der Botschaft findet, hin oder her. Auch der Minderheitsaktionär Axpo, also die Nordostschweizer Kantone, die Mittellandkantone, werden hoffentlich dafür Verständnis haben. Denn auch in diesen Bevölkerungen ist die Kohlekraft wohl nicht allzu populär.

Nun politisch, politisch ist es aus meiner Sicht undenkbar, dass die Nordostschweizer Kantone den Bündnern ihre Unternehmung streitig machen, weil allenfalls die Bündner Bevölkerung keine Investitionen in Kohlekraft will. Stellen Sie sich die Reaktion der Schweizer Öffentlichkeit vor, wenn Herr Karrer oder die Herren Regierungsräte im Verwaltungsrat der Axpo erklären, dass den Bündnern nun ihre Unternehmensperle Repower weggenommen wird, weil das Bündner Volk den Ausstieg aus einem Kohlekraftwerk in Süditalien beschlossen hat. Dieses Szenario ist in der politischen Realität unseres Landes aus meiner Sicht sehr, sehr unwahrscheinlich. Allenfalls, das will ich nicht bestreiten, ich habe allerdings den Vertrag nicht gesehen, wie glaube ich alle von Ihnen, dass dies theoretisch formal möglich wäre. Aber in der Realität ist es unwahrscheinlich und ich hoffe, dass die Berichterstattung der nationalen und der kantonalen Medien der nächsten Wochen da eine gewisse Klärung bringt. Man kann ja auch mit den Leuten sprechen und fragen, würdet ihr uns die Repower wegnehmen, wenn unser Volk so dumm wäre Ja zu sagen zu einem Ausstieg. Nun mit einem Ja zur Initiative sagen die Bündnerinnen und Bündner Stopp zu Saline Joniche und Stopp zur Kohlekraft im Allgemeinen. Das will die Initiative, das will auch die SP. Was wir sicher nicht wollen, weder die Initiantinnen und Initianten und schon gar nicht wir, ist der Verkauf von Repower an irgendwen. Denn wer die Kohlekraft stoppen will, verkauft ja nicht die Firma, damit ein anderer Eigner das macht, der stoppt das einfach. Und darüber sind wir der Meinung, sollten die Bündnerinnen und Bündner befinden dürfen in einer fairen Meinungsbildung und ohne irgendwelche

Drohungen. Deshalb unterstützen wir die Initiative. Vielleicht noch ein formaler Hinweis, auch an Sie Kollege Heiz. Der Rückzug der Initiative könnte theoretisch immer noch stattfinden. Man kann die Initiative zurückziehen gemäss unserem Gesetz über die politischen Rechte bis zur Festsetzung der Abstimmung durch die Regierung, das wird nicht gerade heute und morgen stattfinden. Was wirklich demokratiepolitisch problematisch ist, ist dass wir heute, das Hauptargument ist ja die Frage des allfälligen Verkaufszwangs, heute ein Hauptargument in der Debatte haben, das mit keinem Wort in der Botschaft stattfindet, das über Jahre, seit die Initiative lanciert wurde, nie der Öffentlichkeit präsentiert wurde, von dem alle, die sich dafür engagiert haben, nie Kenntnis hatten, von dem sogar der Grosse Rat bis vor sehr kurzem, wenn man es sich nicht aktiv darum bemüht hat, nichts wusste. Und deshalb schliesse ich mein Votum mit einer Frage an die Regierung, an den Regierungsrat Cavigelli. Gehen Sie denn heute wirklich davon aus, dass würde das Bündner Volk Ja sagen zu dieser Initiative, die Axpo und damit die mittelländischen Kantone, das zum Vorwand nehmen würden, uns die Repower wegzunehmen? Würden Sie das heute so der Axpo und damit den mittelländischen Kantonen so unterstellen? Ich bin sehr gespannt auf Ihre Antwort.

Felix (Haldenstein): Ich bitte Sie die Initiative abzulehnen. Die Initiative trifft in ihrer Wirkung nicht nur Repower, sondern sie gilt für alle Unternehmungen, die aus Graubünden heraus im internationalen Strommarkt tätig sind oder noch tätig werden und an denen der Kanton Graubünden beteiligt ist, oder einmal beteiligt sein könnte. Man bindet, bildlich gesprochen, jedem Boxer, der aus Graubünden heraus in den Ring steigt, beide Hände auf den Rücken und lässt ihn gegen Gegner antreten, welche dieses Handicap im internationalen Markt nicht haben. Dies, notabene, ohne dass wir damit im europäischen Energiemarkt irgendeine Wirkung erzielen. Bei unseren Nachbarn in Europa handelt es sich ausnahmslos um demokratisch legitimierte Rechtsstaaten. Die Realisierung von Projekten in diesen Ländern, auch von Kraftwerksprojekten, richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen dieser Staaten. Es grenzt da, für mich zumindest, schon beinahe an Überheblichkeit, wenn wir erwarten, dass das Signal, welches wir hier und heute auszusenden glauben, irgendwo in Europa zur Kenntnis genommen wird, geschweige denn, dass es eine messbare Wirkung erzielen wird. Das einzige, was wir mit Sicherheit erreichen ist die Gefährdung hochqualifizierter Arbeitsplätze in den Regionen unseres Kantons. In extremis gar die Pflicht die Anteile des Kantons an Repower, oder vielleicht später einmal an anderen Unternehmungen veräussern zu müssen, weil irgendwelche Partner der Repower, oder des Kantons, im Rahmen dieser Beteiligungen in Kohlekraft engagiert sind. Die Fraktion der BDP lehnt die Initiative ab, aus folgenden Gründen: Die strategische Verantwortung von Unternehmungen liegt beim Verwaltungsrat und darf nicht je nach Befindlichkeit den Opportunitäten der Politik geopfert werden. Es ist sonst nämlich eine Frage der Zeit, bis jemand auf die Idee kommt der GKB vorzuschreiben in welchen Geschäftsfeldern sie tätig sein darf

und wo sie ihre Ausleihen tätigen darf. Die Auswirkungen darauf und auf den Kanton dürften bestenfalls schlecht sein, wahrscheinlicher ist, dass sie katastrophal wären. Die technologische Entwicklung darf nicht durch Bestimmungen in der Kantonsverfassung verunmöglicht werden. Die Umsetzung der Stromstrategie des Kantons Graubünden, die wir in diesem Rat ja hinlänglich und sehr tief diskutiert haben, darf nicht gefährdet werden indem man Schlüsselunternehmungen, die für dessen Umsetzung entscheidend sind, aus dem Spiel nimmt. Meine Damen und Herren, die Initiative hat ein immenses Potential von volkswirtschaftlichen Kollateralschäden in unserem Kanton, ohne im anvisierten Ziel auch nur die geringste Wirkung zu erzielen. Darum lassen wir die Hände davon. Mit dem Gegenvorschlag haben wir eine Alternative zur Hand, welche das Bekenntnis einer umweltgerechten Energiepolitik unseres Kantons zum Ausdruck bringt, ohne die künftige Entwicklung mit einem Technologieverbot zu belegen. Lehnen Sie die Initiative ab, stimmen Sie dem Gegenvorschlag zu.

Davaz: Ein Entscheid in die Unternehmenspolitik der Repower einzugreifen ist nicht nur ordnungspolitisch falsch, man schafft zudem auch ein gewaltiges Präjudiz. Damit schafft man grosse Unsicherheit. Wird man auch eingreifen, wenn Repower sich an Gaskombiwerk mit ihrer CO₂ Problematik beteiligen will? Oder muss Repower auch ihre Beteiligungen an Kernkraftwerken abgeben? Wie wollen wir künftig mit der Graubündner Kantonbank umgehen, wenn diese einen Energiefonds mit Kohlekraftwerkbeteiligung anbietet? Die mit einem staatlichen Eingriff verbundene Unsicherheit wird sich negativ auf das Ergebnis von Repower auswirken und entsprechend wird die Beteiligung des Kantons weiter an Wert verlieren. Schlimmer noch, der Kanton wird grösste Schwierigkeiten haben, aufgrund dieser Unsicherheiten, das vorübergehend übernommene Aktienpaket ohne Verlust zu platzieren. Würde man diese behalten, wäre die Verstaatlichung komplett und die bisherige, erfolgreiche Energiepolitik unseres Kantons, die auf Flexibilität und unternehmerische Freiheit aufbaute, begraben. Ob Repower dann die bisherigen Leistungen gegenüber Graubünden und seinen Gemeinden aufrechterhalten könnte, ist mehr als fraglich.

Meine Damen und Herren, nachdem die Beteiligung für Repower an einem allfälligen Kraftwerk Saline Joniche geklärt ist, man wird die Beteiligung auf 20 Prozent zurückfahren, gibt es keinen Grund für staatliche Eingriffe. Noch weniger überzeugt der Gegenvorschlag. Saline Joniche Ja aber nachher Nein, das ist keine Strategie. Niemand weiss wie sich die Energiepolitik in den nächsten Jahren entwickelt. Deshalb wäre es verheerend sich unnötig Schranken aufzuerlegen. Dies umso mehr als Repower bisher die Interessen Graubündens bestens gewahrt hat und noch in Bezug auf das Kraftwerk in Süditalien mit der Reduktion der Beteiligung die notwendige Sensibilität gezeigt hat. Deshalb beantrage ich im Namen der SVP-Gruppe des Grossen Rates sowohl die Initiative, wie auch den Gegenvorschlag abzulehnen.

Deplazes: Ich werde Ihnen erklären, warum Kohle keine Zukunft hat. Die Lage vor Ort in Saline Joniche, Kalab-

rien. In Saline Joniche plant die Repower Tochtergesellschaft Saline Energia Joniche auf dem ungenutzten Industriegelände einer ehemaligen Chemieruine am Meer ein Kohlekraftwerk mit einer installierten Leistung von 1320 Megawatt. Zum Vergleich: Das Kernkraftwerk Leibstadt hat eine Leistung von 1245 Megawatt. Der Einsatz von Kohle im gültigen Energierichtplan Kalabriens vom 14. Februar 2005 ist explizit ausgeschlossen und der Widerstand gegen das Kohlekraftwerkprojekt Saline Joniche vom kalabrischen Parlament wiederholt, einstimmig, von allen Parteien bestätigt worden, 15. November 2010, 16. Januar 2012. Im Frühling 2012 legt die kalabrische Regierung einen Ideengestaltungswettbewerb für das brachliegende Industriegelände von Repower auf und gibt damit einmal mehr ihrer Ablehnung und der Suche nach einer nachhaltigen Alternative Ausdruck. Am 15. Juni 2012 erteilte die italienische Übergangsregierung Monti dem Umweltverträglichkeitsbericht Valutazione di impianto ambientale gegen starken Widerstand aus dem Departement Raumplanung und Kulturschutz Grünes Licht, was in Kalabrien einen Sturm der Empörung auslöst, obwohl die Verfügung aus Rom Repower knapp 60 teilweise kostenintensive Nachbesserungsaufgaben auferlegt. Gegen den Entscheid aus Rom beschlossen Kalabrien, die Standortgemeinde Monte Bello, Jonico, die grossen italienischen Umweltorganisationen und die lokale Bürgerinitiative No carbone gerichtlich Klagen einzureichen.

Inzwischen intensiviert Repower nach dem verlustreichen Abschied aus dem Kohleprojekt Brunsbüttel die Planungsarbeiten Saline Joniche und hofft, trotz des geschlossenen Widerstands aus der Region, angeblich weiterhin auf eine Realisierung. Repower CEO Kurt Bobst hatte am 2. Oktober 2011 in einem Südostschweiz-Interview versprochen, das Kohlekraftwerk wird nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt. Die bisherigen Projektkosten belaufen sich für die Repower Tochter auf rund 15 bis 20 Millionen Euro, davon wurden 11 Millionen Euro für den Kauf des 70 Hektaren grossen Geländes verwendet. Zum Vergleich: Der deklarierte Repower-Abschreiber auf Brunsbüttel betrug sieben Millionen. Die projektierten Kosten des Kohlenkraftwerkes ohne CCS betragen rund 1,5 Milliarden Euro. Die Auflage CCS würde gemäss Repower Italia-Chef Fabio Bocchiola die Anlage unrentabel machen.

Was ist CCS? CCS ist die Idee, das vor Ort anfallende CO₂ direkt oder beim Kraftwerk in den Boden hinabzupumpen und so im Gestein einzulagern. Dabei gibt es bei diesem System noch viele offene Fragen: Was passiert mit dem Grundwasser? Sind kleinere Erdbeben möglich? Die Kohlegegner der Provinz Reggio Calabria und der Area Crecanica haben zwischen der Gruppierung No carbone Salino organisiert, um die Provinzregierung im Kampf gegen die Kohlekraftwerke zu unterstützen. Die Planungsarbeiten werden in der Region als schmutzige und arrogante Einmischung vom reichen Norden und des Auslands wahrgenommen. Die Bewohner argumentieren mit der landschaftlichen Schönheit, der Zerstörung touristischen Potenzials und dem einheimischen Gestaltungswillen. Zusätzlich besteht die grosse Gefahr, dass

sich die kalabrische `Ndrangheta am Kohlekraftwerk bereichern könnte.

Die CO₂-Problematik. Der globale Temperaturanstieg als Folge des Treibhauseffektes bringt Wetterextreme mit unterschiedlichen Auswirkungen je nach Region der Welt, auch das Alpenland Schweiz ist stark betroffen. Im Kampf gegen den Klimawandel muss das wichtigste Treibhausgas CO₂ reduziert werden. Die masslose Verbrennung von Öl, Gas und Kohle heizt die Erdatmosphäre immer stärker an. Seit vorindustrieller Zeit ist die globale Durchschnittstemperatur um rund 0,8 Grad Celsius angestiegen. Die Folgen dieser Erwärmung sind bereits rund um den Globus spürbar, in einigen Weltregionen in katastrophalem Ausmass. Dafür braucht es eine starke nationale und internationale Klimapolitik und einen Umbau unserer Energieversorgung. Die Welt muss wegkommen von der Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern und den damit verbundenen Gefahren für Mensch und Umwelt. Echter Klimaschutz heisst Energie für Strom, Wärme und Mobilität künftig aus erneuerbaren Quellen zu generieren und so effizient wie möglich zu nutzen. Der Abbau der Kohle ist ein Dreckschäft. Die grossen Kohleproduzenten Russland, Australien, Indonesien, Kolumbien, China und USA sind beim Abbau der Kohle wenig zimperlich. Ist einmal der Abbauparameter festgelegt wird alles sprichwörtlich plattgemacht. Es wird keine Rücksicht genommen auf die indigene Bevölkerung. Wenn Sie Glück haben, erhalten Sie weit weg eine kleine Landparzelle oder eine viel zu tiefe Entschädigung. Bei den Enteignungen gibt es sehr häufig Korruption. Bleibt die Bevölkerung in der Region, ist das Leben in Gefahr. Der Tagebau schlägt regelrechte Schneisen in die Urwälder, dazu kommt die Verunreinigung des Wassers. Das für die Reinigung der Kohle verwendete Wasser wird nur unzureichend gereinigt und verseucht das Grundwasser. Aus den Abraumhalden werden bei Regen Schwermetalle ausgewaschen, die ebenfalls die Umwelt verschmutzen. Eine enorme Staubbelastung durch den Abbau, den Transport der Kohle ruft bei der Bevölkerung Atemwegs- und Lungenkrankheiten hervor. Wenn die Kohle abtransportiert ist bleibt nur noch eine unwirtliche braun-schwarze Wüste zurück, hier wächst nichts mehr. Kohle ist Vergangenheit, Zukunft ist Energiesparen, erhöhte Energieeffizienz und der Einsatz der erneuerbaren Energien. Geschätzte Kollegen und Kolleginnen, aus diesen Gründen bitte ich Sie, der Initiative „Ja zum sauberem Strom ohne Kohlekraft“ zuzustimmen.

Berther (Camischolas): Mit dem Strombericht 2012 wollen Regierung und Grosser Rat einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende erzielen. Gleichzeitig mit dem Strombericht soll dem Minergiekonzern Repower eine überragende Bedeutung für die Zukunft zugewiesen werden, sei dies in energiepolitischer, elektrizitätswirtschaftlicher oder volkswirtschaftlicher Hinsicht. Mit der Initiative werden diese wesentlichen, im Strombericht gefassten Strategieentscheide wenn nicht umgestürzt, so doch mindestens klar in Frage gestellt. Die Initiative nimmt in Kauf, dass der Kanton seine Stellung als Hauptaktionär verlieren kann und seine Aktienanteile verkaufen muss, entsprechend dem Grundsatz pacta sunt

servanda, insofern ist es rechtlich klar, dass dies so wäre, politisch ist es eine andere Sache. Damit riskiert sie auch, dass der Kanton den Mittellandskantonen noch eine höhere Beteiligung als bisher schon zugestehen muss und das wollen wir als Bündner mit Gewissheit nicht, wir kennen die Geschichte der Wasserkraft, wie die gelaufen ist. Indirekt riskiert die Initiative damit natürlich auch die Existenz von Repower als bündnerisch geprägtes Stromunternehmen und das widerspricht ebenfalls der Zielsetzung im verabschiedeten Strombericht.

Mit dem Gegenvorschlag wird Repower als bündnerisch geprägtes Stromunternehmen erhalten, und ich meine das ist ein sehr wichtiges Anliegen, das kam auch im verabschiedeten Strombericht zum Ausdruck. Zugleich wird mit dem ergänzten Gegenvorschlag aber auch ein nachhaltiger Beitrag zur Energie- und Klimapolitik geleistet, indem eben Unternehmungen mit Beteiligungen des Kantons keine neuen Investitionen in Kohlekraftwerke tätigen dürfen, bei denen der CO₂ Ausstoss nicht wesentlich reduziert ist. Das ist ein Kompromiss, das haben wir gehört, das wissen wir, aber dieser Vorschlag erfolgt auch im Bewusstsein, dass realpolitisch die Energiewende nicht von einem Tag auf den anderen erfolgen kann und insbesondere auch deswegen, weil thermische Kraftwerke wie Kohlekraftwerke europaweit als Überbrückungstechnologien zur Umsetzung der Energiewende notwendig sind. Kurz gesagt, der veränderte Gegenvorschlag entspricht sowohl den Anliegen, wie wir sie im Strombericht 2012 verabschiedet haben, nämlich eine Stärkung von Repower, sei es im weiteren Ausbau der Wasserkraft, sei es in einem weiteren Ausbau der Handelsplattform, der Handelsaktivitäten von Repower im Kanton Graubünden, oder aber sei es auch um die Klimaziele zu erreichen zu wollen, hier einen Beitrag zur eidgenössischen Energiewende beitragen zu wollen, diese Anliegen bringt man mit dem veränderten Gegenvorschlag unter einen Hut, hingegen die Initiative erreicht nicht diese Ziele, deshalb bin ich gegen die Initiative, aber für den veränderten Vorschlag. In diesem Sinne bin ich für Eintreten.

Standespräsidentin Florin-Caluori: Wir schalten hier eine Pause bis 16.10 Uhr ein und fahren dann fort mit der Eintretensdebatte.

Ich bitte Sie Platz zu nehmen, damit wir mit der Debatte weiterfahren können, besten Dank.

Wir sind beim Eintreten zur Botschaft kantonale Volksinitiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“. Ich erteile das Wort Grossrat Kunz.

Kunz (Chur): Zuerst bedanke ich mich ganz herzlich für die gewärmten Maroni, die wahrscheinlich auch auf einem Kohleofen gewärmt worden sind. Die haben vorzüglich geschmeckt und gezeigt, wie wichtig Kohle auch sein kann. Aufgeschreckt hat mich eigentlich das Votum von Grossratskollege Jon Pult, das wahrscheinlich allen aufgezeigt hat, was uns droht, wenn der Kanton bei der Rätia Energie, bei der Repower in einer Beteiligung bleibt oder diese beibehält. Dann gelten auch fundamentale privatrechtliche Grundsätze, wie der Grundsatz pacta sunt servanda, Verträge sind einzuhalten, nur unter dem Vorbehalt der Politik. Die Politik kann, wie Grossrat Pult

das geschildert hat, jederzeit eingreifen, etwas zurücknehmen über Verwaltungsräte bestimmen und über verfassungsrechtliche Vorgehen in urzentrale privatwirtschaftliche Vorgänge eingreifen. Also das was nur ein Vorgeschmack, was da auf uns zukommt. Grossrat Pult hat auch sehr klar aufgezeigt, was die SP-Fraktion nicht will, kein Atom. Man will keine Kohle. Dafür aber wahrscheinlich Gaskombikraftwerke, deren CO₂-Ausstoss scheinbar keine Rolle spielt, sei er auch im eigenen Land. Man will, das hat er heute nicht gesagt, an einer KEV festhalten, die nichts anderes macht, als uns selber ins Knie schießt, indem unsere mit Wasserkraft hergestellte Stromerzeugung unwirtschaftlich macht. Hier wäre in dieser wirtschafts- oder strompolitischen Debatte unbedingt mehr Realitätssinn gefragt. Und diesen Realitätssinn oder Pragmatismus, den hätte ich mir auch bei der Frage erhofft, ob man an der Initiative festhält oder nicht. Grossräte Pult und Pfenninger winden sich und erklären sehr lange und breit, weshalb man an der Initiative festhält und sie erklären ebenso etwas künstlich, weshalb man sich nicht wenigstens persönlich von der Initiative distanziert, nachdem man nun die Fakten, die realpolitischen Fakten kennt. Und es ist geradezu naiv, den Regierungsrat zu fragen, wie echt die Aktionärsbindungsvertragspartner reagieren würden, wenn das Bündner Volk der Initiative zustimmen würde. Wer hier im Saal glaubt daran, dass er jemals darauf eine Antwort bekommt? Für die FDP-Fraktion ist es klar, wir sind völlig geschlossen gegen die Initiative. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, wie ordnungspolitisch schädlich sie ist und wie sie in einen Bereich eingreift, wo selbst die Vertreter der Initiative hier im Rat nicht eingreifen wollen. Auch der Gegenvorschlag schmeckt uns nicht. Wir haben eine starke Minderheit in der Fraktion, die diesen Vorschlag überhaupt nicht will. Auch hier greift man ordnungspolitisch ein. Es gibt aber eine Mehrheit, die sagt, er behindert auch unternehmenspolitisch nicht. Er greift nicht in die unternehmerische Freiheit ein. Und so können wir uns zu diesem Gegenvorschlag mit einer Mehrheit bekennen. Wir halten aber auch den Gegenvorschlag eigentlich nicht für das richtige Mittel. In diesem Sinne ist auch die FDP-Fraktion für Eintreten und in einer Mehrheit dafür, den Gegenvorschlag zu überweisen.

Thöny: Lassen Sie mich zuerst noch eine Vorbemerkung machen. Bedenklicher Weise debattieren wir hier unter dem Umstand, dass nicht alle, die wollen, hier drin die Debatte führen dürfen. Und die SP-Fraktion bedauert das und findet diese Massnahme falsch und demokratiepolitisch auch fragwürdig. Jetzt aber zur Sache. Ich habe vor allem Fraktionspräsident Felix gut zugehört und er spricht von Wirkung im Ziel. Für mich geht die Debatte tatsächlich ein bisschen in diese Richtung, um die Frage zu stellen, wollen wir Wirkung erzielen oder entscheiden wir aus einer Haltung, aus einer Werthaltung heraus. Die energiepolitische Ausgangslage in der Schweiz ist klar. Aus einer Haltung der Sicherheit heraus möchte man in der Schweiz aus der Kernkraft aussteigen. Ob das globalpolitisch die Wirkung ist oder nicht, da kann man sich fragen. Aber aus einer Haltung heraus, hat man sich so entschieden. Man hat sich auch entschieden aus einer

Haltung heraus, den CO₂-Ausstoss abzusenken aus der Haltung des Klimaschutzes heraus. Egal ob die Schweiz jetzt globalpolitisch die grosse Wirkung erzielt oder nicht. Es entstand aus einer Werthaltung. Graubünden hat sich ähnlich verhalten. Wir haben im Energiegesetz einen Absenkpfad definiert, nicht weil Graubünden damit die Welt rettet, sondern weil wir aus einer Haltung heraus gesagt haben, wir leisten unseren Beitrag an den Klimaschutz dieses Planeten. Und wenn wir jetzt mit Bündner Geldern in Saline Joniche ein Kohlekraftwerk ermöglichen, das sechs Mal mehr CO₂ ausstösst als der ganze Kanton Graubünden in einem Jahr, dann ist diese Haltung wieder kastriert. Und die Wirkung, die wir dabei erzielen, indem wir mitmachen am ganzen Konzert von noch mehr Kohlekraftwerke ist die, dass wir eine Klimaerwärmung haben, wo wir dann gerade auch im Bündnerland unter Trockenheit zu leiden haben mit Steinerschlag zu rechnen haben, Gletscherrückgang in Kauf nehmen müssen und vieles mehr. Dass man mit gutem Grund aus der Werthaltung heraus gegen Kohlekraft sein kann, das ist schon vor allem von der Seite der Initianten mehrfach genannt worden.

Ich möchte zwei, drei Sachen kurz nochmals aufgreifen, um es Ihnen in Erinnerung zu rufen. Man kann natürlich diese Technologie schon auch mit dem Feigenblatt der zukünftigen Technologie schönreden, indem man sagt, es gibt dann allenfalls einmal die CO₂-Abscheidung. Nur, das ist etwa das gleiche Problem wie bei der Entsorgung der strahlenden Kernstäbe bei der Kernkraft. Sie können Sie zehn Kilometer in den Boden pressen und verstecken. Bei allfälligen geopolitischen Szenarien wird dieses CO₂ wieder ans Tageslicht treten. Wir haben ein gröberes Problem. Zumal die CO₂-Abscheidung zehn Mal teurer ist aus der Luft diese abzubinden, als direkt an der Quelle. Ein weiteres Argument, das als Feigenblatt für die Kohlekraft dienen soll, ist dasjenige, dass man die alten Kohlekraftwerke durch neue, bessere ersetzen wolle. Fakt bis heute ist, dass wegen eines Neubaus noch nie ein altes vom Netz genommen wurde. Und es ist auch schlichtweg falsch, wenn man eine ungenügende Technologie damit rechtfertigt, dass man mit einer halbschlechten jetzt daherkommt. Und Kohle ist die Energieform, die pro erzeugte elektrische Einheit am meisten CO₂ ausstösst. Das wird immer so Fakt bleiben. Ich habe auch Mühe mit der Haltung oder mit der Begründung von Repower, dass sie hingeht und sagt, wir machen ja nichts Verbotenes in Italien. Das mag richtig sein, aber es ist für mich vom Demokratieverständnis her schon recht fragwürdig, wenn man Sachen, die wir hier in der Schweiz nicht machen dürften, dann im Ausland trotzdem macht. Zumal man die Haltung der Bevölkerung von Kalabrien, ich würde jetzt mal sagen, ziemlich missachtet. Wo bleibt denn da die Verantwortung gegenüber dem Grossen?

Jetzt komme ich zum Schluss und wieder zur Frage der Haltung, nicht der Wirkung, der Haltung. Wo ist denn die sozial-ethische Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen, ihnen ein Klima zu hinterlassen, wo sie dann wirklich eingeschränkt sein werden in ihrem Handeln? Wo ist denn die sozialpolitische Verantwortung überall weltweit, soziale Grundrechte zu schützen? Und schliesslich, und so hat es Kollege Deplazes gut

aufgezeigt, wo bleibt denn auch die Verantwortung zur Erhaltung des Friedens, wenn man mit dem Kohleabbau Krisen in anderen Ländern geradezu herbeiruft? Aus einer Haltung heraus erwarte ich, dass man nicht einfach ins Feld bringt, dass jetzt die Repower mit einem allfälligen Ja-Entscheid zur Initiative verkauft wird und dann wie eine heisse Kartoffel seitens Graubünden fallen gelassen würde, sondern ich erwarte, dass man jetzt in den nächsten Wochen intensiv die Gespräche sucht mit den anderen Eignern, was man uns ja immer erklärt, dass das zu über 90 Prozent die öffentliche Hand ist. Und dass man dort aufzeigt, dass es ja nicht sein kann, dass man nur weil Graubünden, das Bündner Volk, gegen Kohlekraft ist, dass man dann die Beteiligung des Kantons Graubünden an seinem eigenen Werk einfach so sang- und klanglos abschmettert. Aus dieser Haltung heraus empfehle ich die Initiative und im Moment auch den Gegenvorschlag zu unterstützen.

Caduff: Es ist populär, um nicht zu sagen populistisch und tönt sehr gut, wenn man gegen Kohle und gegen Produktion von Strom aus Kohle ist. Zugegebenermassen der CO₂-Ausstoss im Übermass ist ein Problem, welches es ernst zu nehmen gilt und welches gelöst werden muss. Aber glauben Sie, Kollege Deplazes, ernsthaft daran, dass Sie die von Ihnen geschilderten globalen Probleme mit einem Satz in der Kantonsverfassung des Kantons Graubünden lösen können? Sie streuen hier doch Sand in die Augen der Bürgerinnen und Bürger. Wenn das Projekt wirtschaftlich ist, wenn das Projekt die strengen Auflagen der EU, auch die CO₂-Auflagen, erfüllt und eine Bewilligung vorliegt, wird das Projekt realisiert. Ob wir das nun in der Kantonsverfassung haben oder nicht. Sie erreichen mit dieser Initiative gar nichts. Sie erreichen auch klimapolitisch nichts. Kollege Thöny, da staune ich etwas, dass Sie sagen, mit dieser Initiative könne man klimapolitisch etwas bewirken oder sogar zum Stopp des Klimawandels beitragen. Die Initiative bringt im besten Fall CO₂ mässig nichts. Im schlimmsten Fall produzieren sie noch mehr CO₂. Wenn es nicht in Saline Joniche produziert wird, irgendwo wird dieser Strom produziert. Und vielleicht ist es dann eine andere Dreckschleuder und es wird importiert. Ob das wirklich das ist, was wir wollen, das sei in Frage gestellt. Hingegen kann ich oder auch die CVP-Fraktion grossmehrheitlich den Gegenvorschlag der Kommission voll und ganz unterstützen. Bei Technologiefortschritt und Innovation kann der Energieträger Kohle durchaus auch in Zukunft wertvoll sein. Der Vorschlag anerkennt, dass der CO₂-Ausstoss problematisch ist und gelöst werden muss. Die ganze Diskussion erinnert mich etwas an das was ich aus den Geschichtsbüchern der Industrialisierung Ende des 19. Jahrhunderts gelesen habe. Ende des 19. Jahrhunderts wurde nämlich prognostiziert wegen der Zunahme der Pferdefuhrwerke würden die Städte bald unter meterhohem Pferdemist ersticken. Doch es kam anders. Der technische Fortschritt bleibt nicht stehen. Es vollzieht sich ein unglaublicher Wandel in sehr kurzer Zeit. Sicher ist, die Zukunft wird anders aussehen. Man weiss nur nicht wie sie aussehen wird. In diesem Sinne lehnen Sie die Initiative ab, unterstützen Sie den Gegenvorschlag.

Kappeler: Es wurde, denke ich, bereits alles Technische gesagt. Ich werde die technischen Argumente nicht wiederholen. Ich erlaube mir jedoch zur Initiative und zum Gegenvorschlag noch etwas zu sagen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Kollege Felix, dann unterstellen Sie im Prinzip den Initianten der Initiative, dass ihr Verhalten, ihr Vorgehen verantwortungslos sei, unter anderem wegen Repower, unter anderem auch wegen eines möglichen Arbeitsplatzverlustes im Puschlav. Das will von uns niemand. Aber genauso kann man natürlich die Frage stellen, was haben sich denn die Mitglieder in jenem Gremium gedacht, als sie den Entscheid gefällt haben, unwiderruflich „go“ zu sagen in dieses Saline Joniche-Projekt. Auch da hätten ja die Alarmlampen aufleuchten können. Die Frage hätte ja gestellt werden können. Gefährden wir doch eine solche Aktion wegen den Aktionsbindungsverträgen vielleicht nicht etwa Arbeitsplätze oder unser geliebtes Unternehmen die Repower? Ich meine der Ausgang der Abstimmung ist klar zur Initiative hier drin.

Nun zum Gegenvorschlag, zum ergänzten Gegenvorschlag. Ich bitte Sie da, wirklich dafür einzutreten. Somit werden auch diejenigen Bündnerinnen und Bündner die Gelegenheit haben, welche überhaupt nicht einverstanden sind mit der Produktion von Strom aus Kohle, allerdings die ein gewisses, ja die die Vorbehalte noch haben zum Thema Repower weitere Zukunft. Dann Kollege Kunz, Fraktionschef der FDP. Ich erinnere mich, wir waren vor etwa zwei Jahren an einer gemeinsamen Veranstaltung SO-Wahlmobil hiess das hier in Chur zum Thema Energiepolitik, unter anderem Energieausstieg. Meine damals achtjährige Tochter hat Sie gefragt: „Ruedi, weshalb bist du gegen den Eisbären?“ Sie haben dann gesagt, ich bin nicht gegen den Eisbären, weil Atomstrom, die Produktion von Atomstrom stösst wenig CO₂ aus. Ich frage mich aber, wie Sie meiner Tochter und auch Ihren Kindern erklären wollen, dass Sie nicht gegen den Eisbären sind, wenn Sie Ordnungspolitik über alles stellen. Kollege Casutt unterstellt uns, den Initianten, wir hätten ideologische Motivation. Ich denke, Ideologie war nicht unsere Triebfeder, Kollege Casutt. Es kann einfach nicht sein, dass man sagt, die Chinesen produzieren ja auch Strom aus Kohle, weshalb sollen wir das nicht zulassen. Unsere Sorge war effektiv einfach der Klimaschutz. So, ich bin auch Mitglied des Initiativkomitees und ich werde genauso wie Kollege Pfenninger nachfolgend dann zweimal Ja stimmen.

Tenchio: Ich wollte nur zwei Punkte noch einmal auffrischen in Bezug auf das rechtsstaatliche Vorgehen einerseits und den Gegenvorschlag und die Initiative andererseits einmal gegenüberstellen. Wir müssen wissen, dass in Italien ein rechtsstaatliches Verfahren angegangen wird. Wenn ich in einem anderen Staat etwas bauen will, muss ich die dort geltenden Gesetze und Rechtsprechung achten. Ich muss ein Verfahren einleiten. Das geht durch gewisse Instanzen. Organisationen, Körperschaften können Rechtsmittel einlegen. Das ist hier der Fall gewesen. Im Juni 2012 ist der Umweltverträglichkeitsbericht gutgeheissen worden durch die Regierung Monti und jeder Legitimierte kann in diesem Zusammenhang ein Rechtsmittelverfahren anstreben und darin können

alle jene Bedenken, die auch heute ins Feld geführt worden sind, vorgebracht werden und werden dann durch eine unabhängige Instanz geprüft. Das sei hier einmal so erwähnt.

In Bezug auf die Zielerwirkung möchte ich doch etwas anbringen. Wir haben vielleicht heute gemerkt, dass die Regierung indem sie diesem ergänzten Gegenvorschlag der Kommission ja sagen wir eine grosse Kehrwendung gemacht hat. Vielleicht nicht 180 Grad. Aber sagen wir über 100 Grad. Grossrat Pfenninger hat dies anerkannt, gesagt eigentlich es ist von der ja sagen wir von der ursprünglichen Auffassung, wonach in erster Linie ordnungspolitische Bedenken es verhindern, dass man Einfluss nehmen soll auf eine Unternehmung durch die Körperschaft gehalten, dass man von dem weg geht und sagt, okay, wir haben ein übergeordnetes Ziel, das durch diese Initiative vorgegeben wird und dem wir ja dem Grundsatz nach ja zustimmen. Das ist, meine ich, zuzuhalten, sowohl Kommission als auch Regierung haben die Stossrichtung der Initiative erkannt. Und vor diesem Hintergrund scheint es mir, sagen wir, zumindest positiv prüfenswert, wenn sich das Initiativkomitee ganz abhängig jetzt von der Antwort Regierungsrats Cavigelli sich ernsthaft überlegt, für den Fall, dass wir in die Regierung reinschreiben müssten, den Initiativtext, der eigentlich der Regierung die Hände bindet und ihn in eine Zwangslage versetzt und sagt, wir können hier nichts machen über das Einstimmigkeitsprinzip im Aktionärsbindungsvertrag. Wenn der Kanton nur schon in eine Zwangslage versetzt wird, dieses Paket zu verkaufen oder irgendwie sich nicht mehr äussern kann, in dieser Angelegenheit handlungsunfähig wird, scheint es mir doch eben wie gesagt positiv prüfenswert, und hier lade ich das Initiativkomitee ein, um, sollten wir heute ein Ja zu diesem ergänzten Gegenvorschlag verabschieden, um ernsthaft zu überlegen, ob der primäre Initiativtext so aufrecht erhalten werden soll oder nicht, im Interesse des Kantons, im Interesse unserer Bevölkerung, um nicht zu riskieren, dass der Kanton ein Eigentümer schießt. Ein Eigentümer schießen könnte, vielleicht ein knappes Eigentümer schießen könnte, weil ja eben der modifizierte Gegenvorschlag die Stossrichtung aufnimmt und in eine richtige Richtung zielt.

Zanetti: Ich melde mich als Puschlaver, der in Landquart wohnhaft ist, zu Wort. An beiden Standorten, in Poschivavo als auch in Landquart ist die Repower eine bedeutende Arbeitgeberin. Die Repower bietet dezentral im gesamten Kanton verschiedenste Arbeitsplätze an. Mit der Initiative läuft der Kanton Gefahr, die Beteiligungen der Repower, wie gehört, aufgrund des Aktionärsbindungsvertrages zu verlieren. Ich bitte Sie, die Repower nicht unnötig zu schwächen, respektive zu destabilisieren und damit Arbeitsplätze zu gefährden. Ich will, dass die Repower eine starke Unternehmung in unserem Kanton bleibt. Lehnen Sie die Initiative ab. Stimmen Sie für den Gegenvorschlag, welcher einstimmig von der Kommission und der Regierung unterstützt wird. Ich bin für Eintreten.

Kunz (Chur): Da mich Grossrat Kappeler angesprochen hat, nur ganz kurz. Grossratskollege Kappeler, unsere

Kinder gehen ja zusammen zur Schule. Irgendwann kommt die Zeit, wo man auch den Kindern die Wahrheit erzählen soll und keine energiepolitischen Märchen. Dies insbesondere dann nicht, wenn eine Energiewende auf massiven Bau von Gaskombikraftwerken beruht und die Energiewende auf einer KEV, die gerade uns, Graubünden, massiv schadet. Und diesen Realitätssinn, den vermisse ich genau in der grünsozialen Politik.

Dudli: Man kann bei diesem Geschäft, und darf und kann, verschiedene Meinungen haben. Aber man sollte hier sachlich diskutieren. Die Mehrheit in diesem Raum hat jetzt sachlich diskutiert. Ich möchte aber auf das Votum von Kollege Deplazes schon noch etwas sagen. Wenn man so unseriöse Behauptungen hier im Raum verbreitet, ist das für dieses Parlament nicht würdig. Zu behaupten in Italien gebe es eine geschlossene Opposition gegen dieses Werk oder man bringt die Realisierung dieses Kohlenkraftwerkes Saline Joniche mit Korruption Ndrangheta in Verbindung, dann muss ich schon sagen, das kann es nicht sein. Italien ist ein Rechtsstaat in der EU. Dieser Rechtsstaat hat Bewilligungsprozesse, die einzuhalten sind von der Repower und wir gehen davon aus und dürfen davon ausgehen, dass die Strategie, die Philosophie des Corporate Governance der Repower sicher, ganz sicher solche Sachen wie Korruption und solche Sachen unterbindet. Ich verbiete mir solche Äusserungen hier zu nennen, die wir jetzt ja schon in den Zeitungen gelesen haben und feststellen mussten, dass das nicht stimmt. Das zum einen.

Dann noch etwas, ganz zur anderen Seite, zu meinem Kollegen Pult. Sie wissen über politische Rechte sehr gut Bescheid. Das haben Sie auch studiert. Aber politische Rechte sind in unterschiedlichen Systemen verschieden gelagert. Wir müssen wahrscheinlich unterscheiden zwischen Planwirtschaft und freier Marktwirtschaft. In der freien Marktwirtschaft, Kollege Pult, haben wir eben neben den politischen Rechten eben auch Wirtschaftsrechte. Also unter anderem Aktienrecht und Obligationenrecht. Und wenn man dann noch ein börsenquotiertes Unternehmen ist, dann sind die Auflagen und die Vorgaben noch viel, viel höher. Was will ich damit sagen? Wenn der Kanton die Mehrheit hat, dann kann der Kanton grundsätzlich nicht sagen, dieser Unternehmung im Verwaltungsrat sagen ihr habt das zu tun. Das ist nicht möglich. Der Kanton kann höchstens andere Verwaltungsräte wählen. Dann muss er aber auch die Mehrheit der Verwaltungsräte haben schlussendlich. In der jetzigen Symmetrie, die jetzt herrscht, ist diese Aufteilung gegeben. Das ist eine Partnerschaft grundsätzlich. Aber noch etwas. Es kommt da noch etwas dazu auch bei öffentlich rechtlichen Anstalten. Die Regierung kann einem Verwaltungsrat nicht sagen du musst so stimmen. Das verstösst gegen das Aktienrecht. Der Verwaltungsrat ist in unserem wirtschaftlichen Rechtsstaat verantwortlich, alleine verantwortlich, gemäss Obligationenrecht, für die Führung dieses Unternehmens, finanziell wie organisatorisch. Und da muss er seine persönliche Verantwortung mitbringen. Da kann er nicht sagen der andere hat mir befohlen ich muss da so abstimmen. Also so ganz einfach ist es nicht, wenn der Kanton eine Mehrheit hat nachher zum Befehlen was gemacht werden muss.

Unabhängig jetzt, was der Aktionär-Bindungsvertrag aussagt, der hier ja sehr restriktiv gebunden ist an Einstimmigkeit. Das dazu. Selbstverständlich bin ich gegen die Initiative, weil sie grundsätzlich nicht nur ein Technologieverbot ist, sondern weil sie den Wettbewerb einer Firma im internationalen harten Energiekampf mindert. Wir verdienen, wir Kanton Graubünden, verdienen an der Repower Geld, weil sie nicht nur den Standort hier hat und in dem Sinn nicht nur grundsätzlich das Wasser bezieht, sondern wir verdienen vor allem am Handel der Repower, weil sie Strom handelt, verkauft, einkauft. Und wenn man Strom einkauft, verkauft und mit diesem Handel europäisch an der Börse mitmachen muss, dann muss man auch Strom haben und partizipieren können an anderen Kraftwerken. Und wenn die anderen Staaten rund um uns herum, Deutschland aus dem Atom aussteigt, dafür Kohlekraftwerke baut wie verrückt, Frankreich lächelt und baut weiterhin vermehrt Atomkraftwerke, dann bestimmt diese Umgebung grundsätzlich, wie der Strom fliesst und wie man den Strom bezahlt. Und Italien hat kein Atomkraftwerk, hat nur Gaskraftwerke, und wird in Zukunft auch schauen, dass sie hier dieses Klumpenrisiko vermindert in dem Sinn, dass sie Kohlekraftwerke oder auf alternativ Energiekraftwerke macht. Also wir müssen diesen Wettbewerb mitmachen. Und wenn wir einfach so, wie die Initiative grundsätzlich sagt, Beteiligungen ausgeschlossen, dann haben wir nicht mehr die gleichen Spiesse auf dem Markt. Und in der heutigen Zeit nicht mehr die gleichen Spiesse auf dem Markt zu haben, heisst Untergang.

Energie wird entscheidend sein für jede Wirtschaft jedes Landes. Wie komme ich zu Energie, wie viel bezahle ich für Energie? Ich kann ein Beispiel sagen. Wenn Sie heute die Entwicklungsländer anschauen, die heute eher am Verlieren sind, was traurig ist, wo Armut herrscht, Kriege, wie etwa in der Sahelzone, dann sind es solche Staaten, die über keine Energie verfügen, über kein Holz. Wir brauchen leider Energie und der Energiepreis wird massgebend werden im Kampf um den Markt. Und deshalb investiert Deutschland Milliarden in den Ausstieg respektive in die Alternativenergie etc., damit sie in diesem Markt bestehen kann. Ebenso Frankreich, ebenso mit Fracking Amerika. Und China hat kein Problem, die schauen im Moment nicht auf das was das Umfeld macht, aber sie werden noch sehr stark gebüsst werden, die bauen einfach Kohlekraftwerke. Aber machen wir uns nicht etwas vor und binden wir uns jetzt die Hände so, dass wir am Schluss die Verlierer sind und der ganzen Umweltproblematik nichts beigetragen haben. Die anderen haben gewonnen und wir haben verloren. In dem Sinn, sagen Sie Nein zur Initiative und unterstützen Sie den Gegenvorschlag.

Pfenniger: Es ist tatsächlich so, dass durchaus sachlich diskutiert wurde in dieser Debatte. Nur jetzt am Schluss scheint es ein bisschen auszufransen. Ich möchte versuchen, mich korrekt zu verhalten in meinem zweiten Votum. Ich möchte einfach darauf hinweisen, es muss doch möglich sein, dass sich der Kanton Graubünden als Haupt- oder sogar Mehrheitsaktionär eine Positionierung der Unternehmung wünscht. Und dass diese Positionierung mittels Eignerstrategie und Corporate Governance

ein Instrument, das wir noch nicht vor allzu langer Zeit hier diskutiert haben und auch verabschiedet haben. Und in diesem Rahmen muss sich oder kann sich die Regierung bewegen und da helfen nun alle ordnungspolitischen Grundsätze oder Ideologien eigentlich nicht weiter. Das sind alles pragmatische Ansätze und in diesem Sinne bin ich eben auch sehr für pragmatische Ansätze und durchaus für Realitätssinn. Nur der Realitätssinn, wenn ich höre, dass man heute immer noch vehement gegen diese KEV wettet, auch wenn es zuzugeben ist, dass diese KEV gewisse Fehler beinhaltet und dass es Verbesserungen braucht, aber Realitätssinn ist das nicht wenn man heute gegen diese KEV grundsätzlich massiv aufläuft. Passiert in den nächsten Jahren nichts, es kann höchstens etwas optimiert werden, aber dass das Instrument der KEV in der Schweiz abgeschafft wird, da können Sie noch einige Jahre warten Herr Kunz.

Koch (Igis): Ich hoffe, ich werde jetzt nicht ausfransen und komme zurück auf den Punkt. Sehr geehrter Herr Pfenniger, ich denke nicht, dass wir hier von einer Positionierung des Unternehmens sprechen, sondern wir sprechen hier nach wie vor von einem Eingriff in das Unternehmen Repower. Und das ist für mich die Grundsatzfrage, die sich uns heute stellt. Kollege Davaz hat es angetönt, der Gegenvorschlag ist keine Strategie. Ich glaube, auch wenn wir hier den ergänzten Gegenvorschlag vor uns liegen haben, wir gefährden das Unternehmen Repower wenn wir in das Unternehmen eingreifen und das tun wir damit, meine Damen und Herren. Also ich bitte wirklich alle Votantinnen und Votanten, welche gesagt haben wir dürfen das Unternehmen nicht gefährden, stehen Sie auch dazu und sagen Sie zwei Mal Nein zur Initiative und zum ergänzten Gegenvorschlag.

Regierungsrat Cavigelli: Die Botschaft und insbesondere auch der Gegenvorschlag der Regierung und der einstimmigen Vorberatungskommission mit der Ergänzung sind eigentlich eine pragmatische Antwort auf ein Risiko, das von dieser Volksinitiative ausgeht. Auf ein Risiko, wo der Kanton nur verlieren kann. Die Volksinitiative will gegen Repower zielen und sie will Repower zügeln. Tatsächlich zielt die Volksinitiative aber, wie ich gesagt habe, auf die Interessen des Kantons. Ich wiederhole mich gerne, es besteht ein Risiko, dass wir die Aktien an Repower tatsächlich verkaufen müssen. Es besteht damit ein Risiko letztlich auch für die Arbeitsplätze in den Regionen. Repower ist nicht nur in Poschiavo tätig, sondern auch in Landquart, in Klosters, in der Surselva. Es besteht ein Risiko für die Bündner Strompolitik. Repower ist das Juwel, ist gesagt worden, ich würde mal sagen, Repower ist das einzige vertikal integrierte Stromunternehmen des Kantons. Und in diesem Sinne prädestiniert, beispielsweise die gesamte Heimfallpolitik der nächsten Jahrzehnte des Kantons mitzuprägen, als Instrument, als Pfeiler im Strompolitikbereich langfristig eingesetzt zu werden. Und es ist letztlich auch ein Risiko für das Kantonsvermögen. Wir sprechen von einem dreistelligen Millionenbetrag, wenn wir hier vom Risiko sprechen: Müssen Aktien verkauft werden oder müssen sie nicht verkauft werden? Letztlich will also die Volksinitiative Repower zügeln, aber sie trifft nicht Repower,

sondern sie trifft uns. Uns Bündnerinnen, Bündner, uns Kanton, uns Verantwortliche, die wir für unsere Rahmenbedingungen sorgen müssen, dass Unternehmen wie Repower eben günstig wirtschaften können. Letztlich ihre Aufgabe erfüllen können. Aber die Volksinitiative behindert dies.

Zweiter Aspekt: Die Volksinitiative will eigentlich die CO₂ Emissionen senken, will dagegen antreten, dass CO₂ Emissionen aus Kohlekraftwerken austreten. Tatsächlich bewirkt sie das aber nicht, und zwar mit 0,0 Prozent bewirkt sie dies. Es ist so, dass der Standort von Saline Joniche, wenn wir schon nur von diesem Werk sprechen, in einem europäischen Land ist. Die europäischen Länder, die EU, haben Vorschriften, wie umzugehen ist, wenn man industrielle Anlagen wie ein Kohlekraftwerk baut, auch hinsichtlich des CO₂ Ausstosses. Und seit dem 1.1.2013 ist es unverzichtbar, unverzichtbar vorgeschrieben, dass man jede einzelne Tonne CO₂ Ausstoss aus Industrieanlagen, wie eben ein Kohlekraftwerk, kompensieren muss. Irgendwo muss man sich Rechte besorgen, Zertifikate besorgen, wo genau diese Menge CO₂ Ausstoss eingespart worden ist. In der Bilanz des CO₂ Ausstosses, europäisch, wird Saline Joniche nichts verändern, wird die Initiative nichts verändern. Beides hat keinen Einfluss auf die ganze CO₂ Diskussion. Und es ist vielleicht noch zu unterstreichen, was noch schlimmer wäre, der Fraktionschef der CVP hat darauf hingewiesen, es wäre denkbar, dass der Strom nicht in Europa produziert wird, sondern in andern Ländern, die andere Vorschriften haben im Umgang mit der Energie- und der Klimapolitik, die also umweltpolitisch viel larger sind. Somit würde unter schlechteren Bedingungen der gleiche Strom produziert und es würde dort letztlich dieser Strom für weitere Produktionen zum Einsatz kommen. Nehmen sie als Beispiel China und wir würden dann letztlich sogar noch für den Transport dieser Güter, die wir in unserer Stube haben, in unserem Schlafzimmer haben, auch noch für den Transport CO₂ Ausstoss verursachen. Damit Sie die Dimension dieser Thematik, dieses Problemfeldes erkennen können: Ein durchschnittlicher Schweizer hat einen CO₂ Ausstoss von sechs Tonnen pro Kopf und Jahr. Jeder sechs Tonnen pro Kopf und Jahr in der Schweiz „Homemade“. Aber der importierte CO₂ Ausstoss pro Kopf und Schweizer und Jahr beträgt sieben Tonnen. Wir importieren also noch mehr, als wir selber bei uns im Inland, im eigenen Territorium Schweiz, an CO₂ Ausstoss verursachen. Nur über den Import. Es ist also eine Dimension, wenn man von CO₂ Import spricht.

Ein dritter Aspekt: Die Volksinitiative will letztlich ein Exempel statuieren. Sie will Saline Joniche verbieten, köpfen, verhindern, sie will, dass Repower Saline Joniche aufgibt, aber tatsächlich hat diese Volksinitiative keinen Einfluss auf diesen Entscheid. Es ist nämlich so, dass der Ausstiegsentscheid, wenn schon, dann müsste er einstimmig gefällt werden. Aber es hat Partner in der Repower, die haben schon einmal zugestimmt, dass das richtig ist, was jetzt Repower investiert hat in Saline Joniche. Sie wissen auch, dass letztlich das Bewilligungsverfahren schon weit fortgeschritten ist. Es ist die schwierige Klippe der Umweltverträglichkeitsprüfung erstinstanzlich schon überstanden. Und man weiss auch,

dass Repower letztlich an diesem Projekt Saline Joniche, dass dann wenn einmal vielleicht produziert, dass Repower dann dort nur zu 20 Prozent beteiligt sein wird. Wenn es also um sein oder nicht sein von Saline Joniche geht, einerseits weit fortgeschrittenes Projekt und andererseits Beteiligung nur 20 Prozent, die Stimme von Repower ist nicht relevant. Und damit wird eigentlich auch klar, die Volksinitiative schlägt nur eine Massnahme vor, dass man Kohlekraftwerke mit Gesellschaften an denen der Kanton beteiligt ist, dass man solche Kohlekraftwerke nicht betreiben können sollte. Das Ziel aber der Initiative ist doch auch, und auch Grossrat Pfenninger hat darauf hingewiesen, ist die Reduktion des CO₂ Ausstosses. Die Volksinitiative schlägt uns also eine Massnahme vor, und erreicht das Ziel, das eigentliche Ziel, das sie hat, erreicht sie nicht.

Und ein vierter Aspekt: Ein ziemlich politischer Aspekt. Die Volksinitiative ist trotzdem brandgefährlich, weil sie nur mit Emotionen beladen ist und die ganze Propaganda auch sehr emotional geführt wird. Sie können sich erinnern, Mafiagelder werden eingesetzt, sonstige Betrügereien werden angestrebt, gedeckt von Repower. Immer wieder kommen solche Räubergeschichten, man kann es fast nicht anders sagen, sie werden später dann in einer ersten Phase dementiert, es gibt eine Nachbereitung in den Medien und es bleibt schlussendlich nichts als der Vorwurf. Man kann nichts belegen und vielleicht fünf, sechs Wochen später, weil es mühsam ist, diesen bösen Argumenten immer nachrennen zu müssen, fünf, sechs Wochen später kommt dann von berufener Stelle ein „Nein, das ist unbedenklich, unproblematisch, keine Auffälligkeit. Repower verhält sich anständig.“ Es wird sogar argumentiert, anlässlich der Vorberatungskommission, dass es tatsächlich pro Jahr, ich habe gestaunt, pro Jahr und Kohlekraftwerk 44 vorzeitige Todesfälle geben soll. Ich habe es gehört, ich sage es jetzt einfach wieder. Was will ich damit sagen? Die Initiative, sie arbeitet nicht gerne mit den wirklichen Grundlagen, sie geht an den real existierenden Verhältnissen und Vorgaben vorbei. Sie schürt Emotionen und sie riskiert tatsächlich die Interessen des Kantons.

Real existierende Verhältnisse und Vorgaben wären nämlich, dass man in der Klima- und in der Energiepolitik in Schritten arbeitet. Sie kennen, wie das der Bund mit dem Ausstieg aus der Kernkraft vorgesehen hat. Ein Ausstieg in Schritten, im Verlaufe der Jahre 2030/34/35 sollen die Kernkraftwerke abgestellt werden und bis dann sollen andere Energieträger zur Verfügung stehen, um die Lücke, die die Kernkraft hinterlässt, zu decken, und allfällig soll auch die Effizienz grosse Fortschritte erzielen. Auch wir verfolgen an sich im Übrigen, in der ganzen Energie- und Klimapolitik, eine Politik in Schritten. Beispielsweise das Bündner Energiegesetz, das wir hier in diesem Rat verabschiedet haben. Mit einem Absenk- und Reduktionspfad für die sogenannten fossilen Energien, also beispielsweise Erdöl, das eben, wenn es verbrannt wird, auch CO₂ ausstösst. Auch hier haben wir Absenkpfade, Reduktionspfade vorgesehen. Im Verlaufe der Zeit wollen wir Ziele erreichen. Und selbst bei der Kohlekraft wird in Schritten gearbeitet. Die EU hat in ihrem Langfristprogramm, auch betreffend CO₂-Problematik, insbesondere aber auch in der Energiepoli-

tik ganz grundsätzlich hinsichtlich Kohlekraft, eine Roadmap aufgestellt, wie sie bis ins Jahr 2050 die Kohlekraft als Energieträger fördern möchte. Wie sie insbesondere aber auch dafür besorgt sein möchte, dass die CO₂-Problematik beim Einsatz von Kohle zu Stromproduktionszwecken, wie dieser CO₂-Ausstoss dort reduziert werden kann. Es gibt eine Initiative, eine riesen Anstrengung der EU, diese Problematik lösen zu wollen. Diese Problematik ist im Übrigen nicht vergleichbar mit jener bei der Kernkraft, wie das ein bisschen andeutungsweise Grossrat Thöny gemacht hat. Wir wissen, dass die EU einige Länder hat, die die Kernkraft eigentlich nicht mehr willkommen heissen. Die Schweiz gehört dazu, Deutschland gehört dazu, Österreich gehört dazu, Italien gehört dazu, andere gehören auch dazu. Es ist nicht die ganze EU, die letztlich noch in Kernkraft investiert und somit letztlich auch dort Technologiefortschritte vorantreibt. Anders ist das bei der Kohle. Deutschland setzt auf Kohle, hat in den letzten Jahren ein Wachstum an Kohlestrom gehabt. Spanien setzt auf Kohle, Italien wünscht sich aus Diversifikationsgründen einen Energieträger Kohle und es ist letztlich so, dass ein breiter Konsens der EU Länder besteht, in die Kohlekraft, in diese Technologie zu investieren. Und es ist deshalb davon auszugehen, dass diese Technologie auch Fortschritte erzielen wird. Und wenn sie Fortschritte erzielen wird, dann werden auch wir davon profitieren können durch eine verbesserte Technologie, die wir dann einsetzen können bei Kraftwerken von unseren Gesellschaften, wo der Kanton auch beteiligt sein kann. Und vergessen Sie auch das nicht, wenn wir von Energiepolitik oder von Strompolitik ganz grundsätzlich sprechen, dann sprechen wir doch immer eigentlich von einem Dreieck von Interessen. Nicht immer nur von der Nachhaltigkeit, von der Klimaverträglichkeit, sondern auch einmal in erster Linie von der Versorgungssicherheit, wir wollen sicher mit Strom versorgt werden und das wollen nicht nur wir Schweizer, das wollen auch unsere Bürgerinnen und Bürger in den Nachbarländern. Wir wollen drittens auch günstigen Strom haben. Strom ist ein Produktionsfaktor für die Unternehmen. Er ist aber auch ein wichtiger Faktor für unsere Haushalte und der soll einigermaßen günstig sein, nicht nur bei uns, auch im Ausland.

Es ist die Frage gestellt worden, weshalb der Aktionärsbindungsvertrag in der Botschaft nicht ausgeführt worden ist oder die Problematik der allfälligen Verkaufsverpflichtung des Kantons dort nicht ausgeführt worden ist. Es steht natürlich keine böse Absicht dahinter, sondern wir haben schlicht und einfach das Problem, dass der Aktionärsbindungsvertrag grundsätzlich zu den Geschäftsgeheimnissen gehört der bei Repower beteiligten Unternehmen, der Partner, der Axpo und der Alpiq. Und auf der Seite des Kantons gehört der Aktionärsbindungsvertrag zum Amtsgeheimnis. Und wir können Amtsgeheimnisse und Geschäftsgeheimnisse von Partnern nicht einfach losplappern oder einfach ausführen in einer Botschaft. Wir waren uns zu dieser Zeit, als wir die Botschaft geschrieben haben, allerdings im Klaren, dass irgendwann einmal genau diese Bestimmungen im Aktionärsbindungsvertrag, die auch heute Thema sind, dass die einmal publik werden, nämlich im Zusammenhang mit dem Kauf oder Verkauf der Aktien der Alpiq. In

diesem Zusammenhang war es nämlich notwendig, einige Fragen auch der Übernahmekommission zu unterbreiten, ein Tochterorgan der Finanzmarktaufsicht, eben genau gestützt auf diese Bestimmungen, die wir heute diskutieren. Und es ist uns bekannt gewesen, dass die Entscheidung der Übernahmekommission dann auch publiziert wird auf dem Internet und auch sonst publiziert wird und somit dann eben öffentlich ist und öffentlich zugänglich ist. Wir hätten gerne gehabt und haben eine Zeitlang auch gehofft, dass es eintreten könnte, dass diese Publikation eben gemacht ist und wir dann diese Ausführungen auch in der Botschaft aufnehmen können. Wie Sie wissen, hat das zeitlich nicht geklappt. Diese Verfügung ist etwa Ende November publiziert worden und die Botschaft mussten wir ungefähr sechs, sieben Wochen früher publizieren aufgrund rechtlicher Vorgaben.

Grossrat Pult stellt etwas provokativ die Frage, muss der Kanton jetzt tatsächlich seine Aktien verkaufen, ja oder nein? Es besteht das erhebliche Risiko, dass der Kanton die Aktien verkaufen müsste. Letztlich ist es eine vertragliche Vereinbarung, dass wir eben ein Einstimmigkeitsprinzip haben im Verwaltungsrat für strategische Projekte. Das Einstimmigkeitsprinzip gilt auch für die Aufgabe, für den Rücktritt von strategischen Projekten. Konkret müsste also Axpo uns den Gefallen tun, den Grossrat zeigen und sagen, „Doch wir steigen aus, aus Saline Joniche und dann, lieber Kanton, kannst du Aktionär bleiben, dann musst du nämlich deine Aktien nicht verkaufen.“ Tatsächlich ist es aber natürlich eine riesige Verlockung für die Axpo, eigentlich nicht die Frage zu stellen "Soll ich den Ausstieg aus Saline Joniche bejahen?", sondern vielmehr stellt sich für Axpo die Frage, ob sie darin nicht sogar eine Chance sieht, mit dem Kanton Graubünden vielleicht ein Gegengeschäft zu machen, vielleicht sogar eben die Aktien kaufen zu können vom Kanton. Axpo ist ihr eigenes Hemd letztlich auch am nächsten und es ist auch ein Unternehmen, eine Aktiengesellschaft, das den Aktionären verantwortlich ist. Axpo ist im Übrigen auch etwa sechs Mal grösser, sieben Mal grösser als Repower. Die Repower wäre vielleicht, so gesehen, Filialen-tauglicher für die Axpo. Repower hat aber auch ein super Portefeuille vor dem Hintergrund der Energiewendediskussion, insbesondere auch im Kanton Graubünden, und insofern wäre es für Axpo in jedem Fall sehr interessant, näher noch Repower einverleiben zu können. Wie solche Diskussionen dann letztlich auch tatsächlich geführt werden, kann ich heute nicht sagen, aber es ist sicher so, dass uns die Volksinitiative nur eines bereitet: Schwierigkeiten. Wir werden mit dem Rücken zur Wand gedrängt, sind unter Druck, und wer unter Druck ist, muss irgendetwas geben, was er sonst nicht geben würde. Wir würden der Axpo nichts offerieren, wenn wir nicht in dieser Drucksituation wären. Vielleicht geben wir auch etwas ganz anderes. X Beteiligungsquote an irgendeinem anderen Werk, um an Repower beteiligt bleiben zu können, ein Gegendeal. Aber wir werden dealen müssen und wir werden verlieren. Wir können nicht gewinnen, weil wir keine Gegenposition haben.

Ein interessantes Argument ist ja auch manchmal, ich springe da ein bisschen von Argument zu Argument, die

Bevölkerung vor Ort sei dagegen. Es hat der WWF Schweiz selber eine Studie in Auftrag gegeben. Also der Besteller ist WWF Schweiz und da hat man im April 2012 festgestellt, dass vom Kraftwerksprojekt Saline Joniche in der massgeblichen Umgebung 42 Prozent der Bevölkerung noch nie etwas gehört haben. Es wird hier gesagt: „Non ne ho sentito parlare“, 42 Prozent. Also das möchte ich auch noch in Erinnerung rufen, wenn wir dann immer wieder hören, man verstosse hier gegen den Bürgerwillen, gegen die Bevölkerung vor Ort, wenn die Hälfte der Bevölkerung nicht einmal weiss, dass es hier ein Saline Joniche-Thema überhaupt gibt.

Ein Wort noch zum Gegenvorschlag und vielleicht auch zur Frage der gesetzgeberischen Ästhetik. Sollen Vorschriften, wie sie der Gegenvorschlag enthält oder auch die Volksinitiative, in eine Verfassung kommen? Letztlich, ich habe es gesagt, geht es hier um eine brandgefährliche Sache, ein sehr delikates Thema, wo eigentlich kein Platz für Ästhetik besteht. Wir müssen schauen, dass wir möglichst pragmatisch den Kopf aus der Schlinge bekommen. Möglichst pragmatisch letztlich vereiteln können, dass die Volksinitiative uns dermassen stark unter Druck setzt. Und mit dem Gegenvorschlag, auch mit der Verbesserung durch die Ergänzung der Kommission, meinen wir, haben wir eine Chance, weil der Gegenvorschlag eigentlich sehr vieles aufnimmt der Initianten, und wenn es ihnen ernst ist mit dem Anliegen, CO₂-Senkung betreiben zu wollen, dann anerkennen sie, dass dies der Gegenvorschlag auch erfüllt. Es hat aber den Hauptunterschied, dass wir nicht in diese Zwangslage kommen und ausgerechnet aus diesem einzigen Projekt Saline Joniche auf Gedeih und Verderb allfällig aussteigen müssen, was uns dann eben in diese missliche Position bringt, weil wir darüber nicht selber allein entscheiden können. Wenn wir mit dem Gegenvorschlag fahren, so haben wir die Sachherrschaft und die Entscheidungsfreiheit über die Strompolitik als Ganzes und insbesondere auch über Repower wahren können. Ich bitte Sie also einzutreten, bin aber auch der Meinung, dass eine Eintretens-Diskussion als solche überflüssig ist, weil die Volksinitiative ja eingereicht ist und wir alle eintreten müssen.

Standespräsidentin Florin-Caluori: Gibt es noch Wortmeldungen zum Eintreten? Das ist nicht der Fall. Wird Eintreten bestritten? Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen. Wir kommen zur Detailberatung. 2. Die kantonale Volksinitiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ sei dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen. Dazu haben wir einen Antrag der Kommissionsmehrheit und einen Antrag der Kommissionsminderheit. Sie finden das auch in der Botschaft Seiten 857 bis 870. Ich erteile dazu dem Sprecher der Kommissionsmehrheit, Grossrat Parolini, das Wort.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

2. Die kantonale Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» sei dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen.

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (10 Stimmen: Parolini [Kommissionspräsident], Casutt Rénatus, Casutt-Derungs Silvia [Kommissionsvizepräsidentin], Della Vedova, Dudli, Geisseler, Giacomelli, Grass, Heiz, Wieland; Sprecher: Parolini) *und Regierung*
Gemäss Botschaft

b) *Antrag Kommissionsminderheit* (1 Stimme: Pfenniger)

Die kantonale Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» sei dem Volk zur Annahme zu empfehlen.

Parolini; Kommissionspräsident: Die Kommissionsmehrheit ist klar der Meinung, dass diese Initiative sehr schädlich wäre, sowohl für die Repower als auch für den Kanton Graubünden. Wir haben in der Eintretensdebatte die meisten Argumente gehört oder praktisch alle von verschiedenen Votanten. Ich möchte nur nochmals zusammenfassend folgende Ausführungen machen: Die Initiative, die Annahme dieser Initiative hätte weitreichende Konsequenzen, negative Konsequenzen für den Kanton Graubünden. Das Fortbestehen von Repower als unabhängiges, vertikal integriertes internationales Stromunternehmen mit Sitz in Graubünden wäre stark gefährdet. Falls eine Vertragspartei am Projekt Saline Joniche festhalten will, das heisst die Axpo, müsste der Kanton bei Annahme der Initiative seine Repower-Aktien verkaufen. Dieses Risiko ist viel zu gross. Zudem will die Initiative ein absolutes Technologieverbot für Kohlekraftwerke in der Kantonsverfassung verankern, das heisst für alle weiteren künftigen Projekte wäre es gar nicht möglich, in Kohlekraftwerke zu investieren, insofern, insoweit der Kanton daran beteiligt ist. Und die Rückwirkung der Initiative, das bereits getätigte Investitionen verloren wären, ist auch ein wichtiges Argument zur Ablehnung der Initiative. Die Initiative würde ein Präjudiz sein für andere Fälle. Das Kohlekraftwerk unterliegt den Vorgaben auch des Kyoto-Protokolls und den strengen Klima- und Energiezielen der EU, den sogenannten 20-20-20-Zielen. Die CO₂-Emissionen werden zu 100 Prozent kompensiert und der italienische Ministerrat hat die Umweltverträglichkeit des Projektes bewilligt. Repower wird an der Betriebsgesellschaft, wie auch mehrmals bereits gehört, eine Minderheitsbeteiligung von 20 Prozent halten und nicht mehr diese 57,5 Prozent und deshalb hätte auch die Annahme der Initiative keine Konsequenzen, keinen Einfluss auf Bau oder Nicht-Bau dieses Kraftwerkes. Und auch auf den CO₂-Ausstoss hat die Initiative in dem Sinne überhaupt keinen Einfluss. Die Initiative spielt aber mit dem grossen Risiko, dass der Kanton die Repower verkaufen müsste und ein wichtiger Pfeiler der Bündner Strompolitik verloren gehen würde.

Pfenninger: Ich bin der Auffassung, dass die Argumente ausgetauscht sind und dass keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind, wenn ich mich nun nochmals wiederhole. Darum verzichte ich auf weitere Ausführungen.

Standespräsidentin Florin-Caluori: Gibt es Wortmeldungen von weiteren Kommissionsmitgliedern? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat. Wird nicht gewünscht. Somit kommen wir zum Schlusswort, bevor wir diese beiden Anträge bereinigen. Dazu erhält zuerst der Sprecher der Kommissionsminderheit, Grossrat Pfenninger, das Wort. Wird nicht gewünscht. Der Sprecher der Kommissionsmehrheit wünscht das Wort auch nicht. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wir haben zwei Anträge. Den Antrag der Kommissionsmehrheit und der Regierung gemäss Botschaft und den Antrag der Kommissionsminderheit. Die Kommissionsminderheit beantragt, die kantonale Volksinitiative. „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ sei dem Volk zur Annahme zu empfehlen. Wer dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung zustimmen möchte, drücke die Taste Plus. Wer dem Antrag der Kommissionsminderheit zustimmen möchte, drücke die Taste Minus. Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 99 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 99 zu 16 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsidentin Florin-Caluori: Wir kommen zum nächsten Punkt und das wäre in der Detailberatung zum Gegenvorschlag. Ich unterbreche hier die Beratung, denn der Grosse Rat fährt noch zu einer Einladung in die Firma Hamilton nach Bonaduz. Die Frage stellt sich hier, wie schnell das geht. In der Annahme, dass es fünf Minuten geht, könnten wir es schon fertig beraten, aber wenn es länger dauert, können wir es nicht fertig beraten. Ich frage Sie an: Wer Wortmeldungen zum Gegenvorschlag hat, drücke bitte die Anmelde Taste. Es hat nur ein Votum, dann können wir es durchberaten.

3. Dem in Form der allgemeinen Anregung gefassten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» sei zuzustimmen und dem Volk zur Annahme zu empfehlen.

a) Antrag Kommission und Regierung

Ergänzen Wortlaut Gegenvorschlag wie folgt:
Der Kanton sorgt mit einer Bestimmung in der Kantonsverfassung dafür, dass Unternehmen mit Beteiligung des Kantons keine neuen Investitionen in Kohlekraftwerke tätigen, **bei denen der CO₂-Ausstoss nicht wesentlich reduziert wird.**

Standespräsidentin Florin-Caluori: Also, wir kommen zur Detailberatung. 3. Dem in Form der allgemeinen Anregung gefassten Gegenvorschlag „Ja zu sauberem

Strom ohne Kohlekraft“ sei zuzustimmen und dem Volk zur Annahme zu empfehlen. Wir haben hier den Antrag Kommission und Regierung, ergänzen Wortlaut Gegenvorschlag wie folgt: Der Kanton sorgt mit einer Bestimmung in der Kantonsverfassung dafür, dass Unternehmen mit Beteiligung des Kantons keine neuen Investitionen in Kohlekraftwerke tätigen, bei denen der CO₂-Ausstoss nicht wesentlich reduziert wird. Dazu erteile ich dem Kommissionspräsidenten das Wort.

Parolini; Kommissionspräsident: Dieser Zusatz beim Gegenvorschlag war ausschlaggebend für die Kommission, damit sie nachher einstimmig hinter diesem Vorschlag stehen konnte. Das war zu Beginn der Debatte in der Kommission gar nicht der Fall. Denn grundsätzliche Bedenken gab es bei vielen Kommissionsmitgliedern, ob es sinnvoll ist oder ob es am richtigen Ort ist, wenn in der Kantonsverfassung so ein Technologie-Verbot integriert würde und auch eine gewisse Intervention in die Strategie dieser Unternehmung. Dem ist so, aber Regierungsrat Cavigelli hat vorhin ganz klar gesagt, es geht hier an sich um eine sehr gefährliche Initiative, deren Annahme fatale Folgen haben könnte für die Energiepolitik des Kantons Graubünden und mit dem Zusatz, den wir jetzt da dem Grossen Rat vorschlagen, reden wir nicht mehr von einem Technologie-Verbot. Es braucht eine wesentliche Reduktion des CO₂-Ausstosses und wir reden vor allem von CO₂-Ausstoss und nicht von anderen Emissionen, die vor allem schädlich wären. Die sind alle, wie ich vorhin gesagt habe, klar ganz massiv unter den Richtwerten und beim CO₂-Ausstoss wird vieles investiert jetzt in die Forschung in diesem Bereich. Und es gibt bereits Erfahrungen aus Versuchsanlagen und da kann CO₂ sogar zu etwa 90 Prozent aus den Verbrennungsabgasen abgeschieden werden. Das sind Versuchsanlagen. Da braucht es noch viel Investition und viel Inputs von allen Seiten, damit man das natürlich auch auf grosse Kraftwerke umsetzen kann. Und wir sind der Meinung, dass der Gegenvorschlag mit dieser Ergänzung taktisch ein sinnvoller Vorschlag ist, damit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Graubünden auch diese Möglichkeit sehen. Und der Kanton mit seiner Strategie möchte ja mittel- und langfristig in diese Richtung weniger CO₂-Ausstoss gehen. Von daher bitte ich Sie, diesen Gegenvorschlag zu unterstützen.

Meyer-Grass: Ich versuche mich in gewohnter Weise relativ kurz zu halten. Ich möchte etwas zu diesem Zusatz in Punkt drei sagen, der ja dem Antrag von Kommission und Regierung entspricht. Im Gegensatz zu gewissen Rednern in der Eintretensdebatte denke ich nämlich, dass dieser Zusatz eine eigentliche Eignerstrategie beinhalten könnte. Lassen Sie mich kurz erklären, weshalb ich das denke. In meinen Wahrnehmungen ist nämlich dieses befürchtete Technologie-Verbot, das ja auch der nicht veränderte Gegenvorschlag enthalten hätte, mit dem Antrag keine neuen Investitionen, bei denen der CO₂-Ausstoss nicht wesentlich reduziert wird, kann dieses ursprüngliche Technologie-Verbot zu einem eigentlichen Technologie-Impuls werden und damit unterstütze ich diesen Gegenvorschlag nicht nur aus pragmatischen, sondern auch aus wirklich inhaltlichen

Gründen. Ich bin keine Fachfrau für globale Energieversorgung. Ich denke niemand in diesem Saal ist das. Sollte die Kohle ja doch tatsächlich und auch in Zukunft die Bedeutung für eine kostengünstige Energieversorgung behalten, die von einigen Kollegen postuliert wird, müsste doch alles Interesse bei den Kraftwerktechnologien bestehen, die entsprechende verbesserte Technologie für Kohlekraftwerke zu entwickeln. Deshalb noch einmal: Der erweiterte Gegenvorschlag kann, so meine ich, letztlich ein Impuls werden in Richtung Entwicklung von bezüglich CO₂ stark verbesserten Kohlekraftwerktechnologien.

Ganz kurz: Ich denke, die hartgesottenen Realisten hier im Saal werden einwerfen: Dieser kleine Zusatz in unserem kleinen Kanton, in unserer kleinen Schweiz, werde in einem grösseren Umfeld überhaupt nichts verändern, sei lächerlich in Bezug auf einen Technologie-Schub. Es gibt eine Theorie in der modernen Physik, dass der Flügelschlag eines Schmetterlings manchmal das ganze Universum bewegt. In diesem Zusammenhang verweise ich zurück auf einen Auftrag, der vor etlichen Jahren, genau sind es neun, zu Diskussionen in diesem Saal geführt hat in einer ähnlichen Thematik, nämlich CO₂-Ausstoss von Fahrzeugen. Dort wurde von verschiedenen Krisen und die Wirtschaftsfeindlichkeit einer solchen strengen Limite postuliert. Sie wissen heute, dass das Gegenteil der Fall ist. Es hat einen, nicht wir, aber gesamtglobal ein eigentlicher Technologie-Schub stattgefunden. Und ich wünsche mir in Analogie dazu, dass wir dem ergänzten Gegenvorschlag zustimmen und im besten Fall im Sinne des erwähnten Flügelschlages damit sogar einen Technologie-Schub mitbewirken können für eine verbesserte Kohlekraft-Technologie. Ich danke Ihnen. Stimmen Sie für den ergänzten Gegenvorschlag.

Standespräsidentin Florin-Caluori: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung. Herr Kommissionspräsident, wünschen Sie nochmals das Wort? Herr Regierungsrat?

Regierungsrat Cavigelli: Ich möchte das Wort noch ganz kurz beanspruchen. Erstens einmal möchte ich unterstreichen, was Grossrätin Meyer sagt. Es ist tatsächlich eine eigene Aussage drin in diesem Gegenvorschlag. Er ist nicht nur ein Verhinderungsvehikel für die Volksinitiative. Natürlich ist er das auch, aber er hat auch eine eigene Aussage. Er hat die Aussage, dass der Kanton künftighin sich vorbildhaft verhalten will mit Blick auf den CO₂-Ausstoss, mit Blick auf die Klimagase. Und er ist zum Zweiten aber auch konsequent mit Blick auf das bisherige Verhalten, die bisherige Energie- und Klimapolitik des Kantons Graubünden. Ich habe darauf hingewiesen bei meinem ersten Votum, es widerspiegelt sich das auch in den Substitutions- und Reduktionszielen fürs CO₂ und fossilen Energien im Bündner Energiegesetz, es passt aber auch bestens zum Kanton Graubünden, dessen Anlagepark praktisch ausschliesslich aus erneuerbaren Energien besteht. Insofern ist es also ein Vorschlag durchaus mit Essenz und der sich von da her eben auch wesentlich von der Volksinitiative unterscheidet.

Es mag für die Abstimmungskampagne von Bedeutung sein, was jetzt eigentlich letztlich „wesentlich“ heisst, den CO₂-Ausstoss „wesentlich“ reduzieren. Und wir haben uns mit dieser Frage auch auseinandergesetzt und ich möchte da Anhaltspunkte einmal benennen. Immer im Wissen, dass wir hier im Rahmen einer allgemeinen Anregung Diskussionen führen und nicht im Rahmen einer konkreten Gesetzgebung. Es wird also nachher allfällig eine separate Botschaft geben, wo dann diese Thematik noch weiter ausgeführt wird.

Anhaltspunkte, Anknüpfungspunkte können sein: Der CO₂-Ausstoss pro eingesetzte Menge Kohle. Wir haben uns vorgestellt, dass eine Reduktion um über die Hälfte durchaus Richtgrösse sein könnte. Über die Hälfte pro eingesetzte Kohlenmenge ist eine enorm ambitionierte Vorgabe, aber eben vor dem Hintergrund der technologischen Entwicklungen auch machbar. Der zweite Anhaltspunkt kann sein, dass wir die Anlagen jeweils auf dem modernsten, auf dem bestverfügbaren Stand der Technik haben wollen, was den CO₂-Ausstoss anbelangt. Ein dritter Anhaltspunkt kann sein, dass die Lagerstätten sicher sein müssen, langfristig sicher sein müssen, also die Leckage-Problematik, die im Übrigen gesetzlich auf EU-Niveau bereits fixiert ist. Es gibt dafür eine spezielle EU-Richtlinie. Der vierte Anknüpfungspunkt kann sein, dass der Transport von CO₂, der Transport von Kohlendioxid, in gesicherten Bahnen verlaufen muss. Das können vier ganz konkrete Anhaltspunkte sein, um zu definieren, was letztlich eine wesentliche Reduktion des CO₂-Ausstosses bedeuten kann.

Standespräsidentin Florin-Caluori: Sind wir am Schluss der Beratung zum Antrag Kommission und Regierung Ergänzung Wortlaut Gegenvorschlag.

Es gibt keine Wortmeldungen mehr, somit kommen wir zur Abstimmung. Wir haben jetzt noch zwei Abstimmungen. Die eine über den Gegenvorschlag mit Ergänzung, wollen wir diesen Ja oder Nein? Und dann die letzte Abstimmung, das ist der Antrag b) Kommission und Regierung Wortlaut von Antrag 3 ergänzen. Wer dem Antrag Kommission und Regierung Ergänzung des Wortlauts Gegenvorschlag zustimmen möchte, drücke die Taste Plus, wer dem nicht zustimmen möchte, drücke die Taste Minus, Enthaltungen die Taste Null. Sie haben dem ergänzten Gegenvorschlag mit 100 Ja zu elf Nein und zwei Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission und Regierung mit 100 zu elf Stimmen bei zwei Enthaltungen.

b) Antrag Kommission und Regierung

Dem in Form der allgemeinen Anregung gefassten **und ergänzten** Gegenvorschlag (gemäss vorstehendem Antrag lit. a) zur Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» sei zuzustimmen und dem Volk zur Annahme zu empfehlen.

Standespräsidentin Florin-Caluori: Wir kommen zur nächsten Abstimmung, Antrag Kommission und Regierung Wortlaut von Antrag 3 ergänzen wie folgt: Dem in

Form der allgemeinen Anregung gefasst und ergänzten Gegenvorschlag gemäss vorstehendem Antrag lit. a zur Volksinitiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ sei zuzustimmen und dem Volk zur Annahme zu empfehlen. Wer dem Antrag Kommission und Regierung zustimmt drücke die Taste Plus, wer nicht zustimmt drücke die Taste Minus und Enthaltungen die Taste Null. Sie haben dem Antrag Kommission und Regierung mit 98 Ja zu 14 Nein und einer Enthaltung zugestimmt. Wir sind am Schluss der Beratung dieser Botschaft. Herr Kommissionspräsident wünschen Sie ein Schlusswort?

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission und Regierung mit 98 zu 14 Stimmen bei einer Enthaltung.

Parolini; Kommissionspräsident: Ich bedanke mich abschliessend für die gute Zusammenarbeit in der Kommission. Ich bedanke mich bei Regierungsrat Mario Cavigelli, dem Departementssekretär Alberto Cramer, dem juristischen Mitarbeiter Conradin Luzi und den beiden Amtsvorstehern Erich Büsser und Remo Fehr. Ich bedanke mich im Weiteren auch bei unseren drei Gästen in der Kommission, es sind dies Herr Rüdüsühli und Frau Saul als Vertreter des Initiativkomitees und Herrn Bobst, CEO Repower. Im Weiteren bedanke ich mich auch bei den Initianten für die Gesprächsbereitschaft, die sie gezeigt haben. Und nach dem Motto die Hoffnung stirbt zuletzt, wer weiss, vielleicht wird die Initiative doch noch rechtzeitig zurückgezogen.

Standespräsidentin Florin-Caluori: Wir beenden die heutige Debatte. Diejenigen, die mit dem Bus mitfahren in die Hamilton nach Bonaduz treffen sich vor dem Ratsgebäude, die anderen treffen wir in Bonaduz. Ich wünsche allen einen ganz schönen Abend. Ich freue mich, mit Ihnen den Abend in Bonaduz verbringen zu dürfen.

Schluss der Sitzung: 17.35 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:

Die Standespräsidentin: Elita Florin-Caluori

Der Protokollführer: Domenic Gross